

(Präsident Denzer)

- (A) Bungsanträge liegt Ihnen vor. Ich empfehle Ihnen, diese Übersicht während der Abstimmung zu Hilfe zu nehmen.

Meine Damen und Herren, da wir in diesem Jahr ein gegenüber den Vorjahre abweichendes Beratungsverfahren für die Haushaltsberatung beschlossen haben, gestatten Sie mir kurz ein paar Hinweise auf den vorgesehenen Beratungsverlauf.

Sie finden das für heute und morgen vorgesehene Beratungsverfahren auf den Seiten 4 bis 6 unserer Tagesordnung ausgedruckt. Wie Sie feststellen können, wurden im Gegensatz zu früher, als wir nach Einzelplänen vorgegangen sind, diesmal Beratungsblöcke gebildet, in denen vom Thema zusammenpassende Einzelpositionen zusammengefaßt worden sind.

Dem am Mittwoch zur Beratung vorgesehenen Einzelplan 02 - Ministerpräsident und Staatskanzlei - wurden Schwerpunktthemen aus den übrigen Einzelplänen zugeordnet. Für diesen Beratungsblock, das heißt Einzelplan 02 - Ministerpräsident und Staatskanzlei - wurden im Ältestenrat Redezeiten vereinbart, die Sie in der Tagesordnung ausgedruckt finden. Im übrigen sind traditionsgemäß die Gesamtredezeit und die Rednerzahl nicht begrenzt. Generell steht dem ersten Redner jeder Fraktion eine Redezeit von 20 Minuten - mit Ausnahme des Einzelplanes 02 -, den übrigen Rednern eine Redezeit von 15 Minuten zur Verfügung.

- (B) Die Haushaltsberatungen werden heute am Schluß der Sitzung unterbrochen und morgen fortgesetzt. Nach Schluß der Beratung in zweiter Lesung werden morgen alle Abstimmungen durchgeführt, wobei für beide Tage die Zeit zwischen 12.30 Uhr und 14.00 Uhr als abstimmungsfrei vorgesehen ist.

Ich rufe nunmehr auf:

Beratungsblock 1: Gemeindefinanzierungsgesetz 1987 -
Gründerwerbsteuerverteilungsgesetz

Dazu liegen Ihnen folgende Entschließungsanträge vor: mit Drucksache 10/1557 ein Entschließungsantrag der Fraktion der SPD, mit Drucksache 10/1594 ein Entschließungsantrag der Fraktion der CDU und mit Drucksache 10/1604 ein Entschließungsantrag der Fraktion der F.D.P. Diese Anträge werden in die Beratungen einbezogen. Die Abstimmung über diese Entschließungsanträge erfolgt jedoch erst nach Verabschiedung des Haushalts in dritter Lesung am Freitag.

Ich eröffne die Beratung. Das Wort hat für die Fraktion der SPD Frau Abg. Friebe. Bitte sehr, Frau Kollegin!

Frau Friebe (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Argumente für und gegen das Gemeindefinanzierungsgesetz 1987 haben wir eigentlich bereits in der ersten Lesung im Plenum und auch im Ausschuß für Kommunalpolitik sehr gründlich miteinander diskutiert. Natürlich haben wir auch mit den Kommunalpolitikern vor Ort über dieses Gemeindefinanzierungsgesetz geredet.

Ich kann heute für die SPD-Fraktion feststellen: Unter Abwägung aller Alternativen zum GFG 1987 und vor allen Dingen unter Berücksichtigung der Finanzlage des Landes sagen wir, daß das vorgelegte Finanzausgleichskonzept 1987 für unsere Städte und für unsere Kreise die verteilungsgerechteste Lösung ist.

Wir bejahen also im Grundsatz das von der Landesregierung vorgelegte GFG; denn uns ist keine andere Alternative eingefallen, die sowohl die Finanzlage des Landes und die Finanzsituation der Kommunen und kommunalen Gebietskörperschaften berücksichtigt. Wir haben auch in anderen Haushalten gesucht, haben aber keine weiteren Einsparungsmaßnahmen gefunden.

Allerdings wollen wir schon jetzt darauf hinweisen, daß wir die finanziellen Beziehungen zwischen dem Land und seinen Kommunen im nächsten Jahr sehr gründlich unter die Lupe nehmen wollen. Ich gehe davon aus, daß wir das im Ausschuß gemeinsam tun werden und daß wir gemeinsam nach Kriterien suchen wollen, die unseren Gemeinden ein lesbares und vor allen Dingen ein System bringt, das die Zuweisungen berechenbar macht.

Einen Grundsatz werden wir dabei allerdings nicht aufgeben, nämlich den der Solidarität zwischen den Gemeinden. Doch um Legendenbildung vorzubeugen: Wir denken nicht an einen interkommunalen Finanzausgleich, wie er in anderen Ländern schon praktiziert wird.

Zurück zum GFG 1987! Hier haben wir gegenüber dem Entwurf der Landesregierung nur wenige Änderungen, die ich Ihnen jetzt gerne erläutern möchte.

Erstens: Um den Sportstättenbau im nächsten Jahr stärker fördern zu können, als das im Regierungsentwurf vorgesehen war, wollen wir 16 Millionen DM außerhalb des GFG zur Verfügung stellen. Von diesen 16 Millionen DM sollen 10 Millionen DM durch Umschichtung im

(Frau Friebe (SPD))

- (A) GFG bereitgestellt werden, das heißt, die Zuweisungen zu Schulbaumaßnahmen, die in § 19 des Gesetzes beschrieben sind, werden von 229,4 Millionen DM auf 219,4 Millionen DM verringert, und die Zuweisungen zu Abwassermaßnahmen werden von 274 Millionen DM um 10 Millionen DM auf 284 Millionen DM erhöht. So bleibt das Gesamtvolumen im GFG unverändert; allerdings werden die Zuweisungen für Abwassermaßnahmen außerhalb des GFG um 10 Millionen DM abgesetzt.

Vielleicht werden Sie nun fragen, warum wir ein so kompliziertes Verfahren wählen. - Wir Kommunalpolitiker wissen warum. Wir möchten nämlich nicht gerne die Mittel für den Sportstättenbau im GFG verankert haben, weil wir vermuten, daß Sie dort bleiben. Im nächsten Jahr reichen die Mittel dann wieder nicht, und schon haben wir eine Befrachtung des GFG. Deshalb möchten wir gerne, daß diese Mittel außerhalb des GFG bleiben.

Zweite Bemerkung dazu: Wir haben der Verringerung der Schulbaumittel erst zugestimmt, nachdem uns der Innenminister versichert hat, daß konkrete Schulbaumaßnahmen im Jahre 1987 nicht beeinträchtigt werden. Schließlich, meine Damen und Herren, die 16 Millionen DM, die für den Sportstättenbau im nächsten Jahr zur Verfügung gestellt werden, sind eine gute Sache, und auch die Bürgerinnen und Bürger unserer Städte haben etwas davon; sie kommen ihnen zugute.

- (B) Nächster Punkt! Wir wollen mit unserer Änderung zu § 25 Abs. 1 die Aufteilung der Mittel aus dem Kfz-Steuerverbund zu den Kosten der Straßenbaulast verändern. Für Investitionen im Bereich des kommunalen Straßenbaus soll ein Betrag von 118 Millionen DM zur Verfügung gestellt werden. Dieser Betrag war bisher außerhalb des Kfz-Steuerverbundes, nämlich bei den Zuweisungen zur Verbesserung der Verkehrsverhältnisse in den Gemeinden veranschlagt.

Für Baumaßnahmen zur Verbesserung des öffentlichen Nahverkehrs sollen den Gemeinden und Kreisen 1987 178,4 Millionen DM zufließen, davon aber 60,4 Millionen DM nur im Rahmen des Kfz-Steuerverbundes. Mit den 178,4 Millionen DM ergänzen wir aus Landesmitteln die Finanzmittel des Bundes nach dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz für den öffentlichen Personennahverkehr. Die Umschichtung der Zuweisungen für Baumaßnahmen des öffentlichen Personennahverkehrs und der Zuweisungen für kommunalen Straßenbau haben also das Ziel, die Befrachtung des Kfz-Steuerverbundes teilweise jedenfalls wieder rückgängig zu machen, ohne den Betrag von 178,4 Millionen DM zu verändern.

Jedenfalls - und das ist das Hauptziel - stellen wir so sicher, daß dem Land eventuell zufließende Bundesmittel eben mit Komplementärmitteln des Landes bedient werden können.

Nun zur dritten Änderung, die ebenfalls in Verbindung mit dem Kfz-Steuerverbund steht! Im Gemeindefinanzierungsgesetz 1987 sollen nach unserer Auffassung die Zuweisungen aus dem Kfz-Steuerverbund für die Kreise zu 75 % nach der Länge der Kreisstraßen und zu 25 % nach der Einwohnerzahl der Kreise aufgeteilt werden. Die SPD-Fraktion hält diesen Verteilungsschlüssel, der die Fläche der Kreise als Faktor nicht mehr vorsieht, für sachgerecht. Wir glauben, daß für die Erschließung ausreichend Straßen in den Kreisen vorhanden sind und sich die Prioritäten vom Neubau weg eher auf die Unterhaltung und Verbesserung der Kreisstraßen hin verlagern.

Der Berechnungsfaktor "Fläche der Kreise" ist vor mehr als zehn Jahren eingeführt worden, als der Erschließungsbedarf noch höher lag. Er hat aber dazu geführt, daß zum Beispiel Kreise mit großflächigen Wald- oder ähnlichen Gebieten unverhältnismäßig hohe Zuweisungen erhielten, obwohl sie nur ein ganz kleines Netz von Kreisstraßen zu unterhalten hatten und darüber verfügen. Hauptfaktor für die Zuweisung zu den Kosten der Straßenbaulast muß unter den derzeitigen Voraussetzungen die Länge der Straßen sein, die von den Kreisen unterhalten werden müssen. Da der Einfluß der Einwohnerdichte nicht völlig außer Acht gelassen werden darf, soll dieser Faktor mit 25 % bei der Berechnung der Zuweisungen zugrunde gelegt werden.

Darüber, ob das nun das richtige Verhältnis ist, werden wir uns möglicherweise noch einmal - auch im Ausschuß - unterhalten. Wir haben das letzte Mal den Minister um eine Ausrechnung gebeten. Ich muß jedoch an dieser Stelle sagen: Als wir dies im Arbeitskreis der SPD-Fraktion beschlossen haben, haben wir uns nicht danach gerichtet, was unter dem Strich dabei herauskommt, sondern wir haben uns an den Kriterien orientiert, was man zur Unterhaltung einer Straße braucht und wie lang die Straßen sind, und wir haben dann gemeint, das wäre sachgerecht. Übrigens hat auch der Landesrechnungshof einen solchen Hinweis gemacht.

Darüber hinaus halten wir eine Ergänzung des § 27 durch einen neuen Absatz 4 für erforderlich. Aufgrund einer solchen Änderung kann der Minister für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr die Landschaftsverbände veranlassen, für bestimmte Bauprojekte von Bundesfernstraßen und Landesstraßen ver-

(C)

(D)

(Frau Friebe (SPD))

- (A) kehrspolitisch bedeutsame Gutachten bis zu einer gesetzlich vorgeschriebenen Höhe zu finanzieren. Bei dem verkehrspolitischen Ziel, den Straßenbau umweltgerecht zu gestalten, ist in immer stärkerem Maße zu entscheiden, wie im Einzelfall verkehrliche Verbesserungen zu erreichen und andererseits umweltschädliche Auswirkungen zu reduzieren bzw. zu beseitigen sind. Dies macht es notwendig, durch wissenschaftliche Begleitung - Studien, Gutachten oder Untersuchungen - die Entscheidungsgrundlagen zu verbessern. Das vorhandene wissenschaftliche technische Wissen über umweltverträgliches Bauen soll durch diese Änderung besser nutzbar gemacht werden, als es bisher der Fall ist. Wir denken hier an einen besonderen Fall, wo es um die Untertunnelung geht. Hier wird also dieses Gutachten verzögert, in einem solchen Fall wollen wir dem Minister die Möglichkeit geben, ein solches Gutachten eben in Auftrag zu geben.

(Dreyer (CDU): Da klauen Sie den Landschaftsverbänden Geld!)

- Nein, es soll ja nicht auf jeden Fall ausgegeben werden, sondern es soll die Möglichkeit bestehen, davon Gebrauch zu machen.

(Dreyer (CDU): 5 3!)

Es muß ja nicht. Aber in solchen Fällen, wo etwas wirklich verhindert wird und wo wir nicht weiter kommen, soll es dann diese Ermächtigung geben. Es ist übrigens noch einmal geändert worden von "sollen" in "können", wie Sie sicherlich wissen, Herr Abgeordneter.

(B)

In das GFG 1987 sollen dann darüber hinaus die Zuweisungen an die kommunalen Gebietskörperschaften für die Durchführung der Volkszählung 1987 in Höhe von 75 Millionen DM eingestellt werden.

Im Gegensatz zu einigen CDU-regierten Bundesländern wird das Land Nordrhein-Westfalen seinen Kommunen den vom Bund bereitgestellten Zuweisungsbetrag von 4,50 DM je Einwohner im vollen Umfang weitergeben. Mit den vom Bund bereitgestellten Mitteln wird allerdings nur knapp die Hälfte der den Gemeinden entstehenden Kosten abgedeckt. Die Landesregierung hat daher den Bund aufgefordert, den Erstattungsbetrag zu erhöhen. Dieser Aufforderung ist der Bund bisher nicht nachgekommen.

(Wagner (CDU): Und der Beitrag des Landes?)

Untersuchungen der kommunalen Spitzenverbände haben gezeigt, daß die Kosten der

Durchführung der Volkszählung mit zunehmender Gemeindegröße überproportional steigen.

(C)

Ein Einheitssatz für alle Gemeinden wäre nach dieser Untersuchung nicht sachgerecht. Um ein zu großes Auseinanderklaffen der Zuweisungsbeträge für kleinere Gemeinden einerseits und Großstädte andererseits zu verhindern, haben wir vorgesehen, daß Gemeinden mit bis zu 150 000 Einwohnern einen Zuweisungsbetrag von 4,00 DM je Einwohner und Gemeinden mit über 150 000 Einwohnern einen Zuweisungsbetrag von 5,18 DM je Einwohner erhalten.

Darüber kann man natürlich unterschiedlicher Meinung sein. Aber hier hat sich der Innenminister, wie er im Ausschuß für Kommunalpolitik ausgeführt hat, an die Untersuchungen der kommunalen Spitzenverbände gehalten, die das so vorgetragen haben. Deshalb sind auch wir dem Vorschlag des Innenministers gefolgt.

Trotz der in der ersten Lesung ersichtlichen ablehnenden Haltung der Opposition sind im Verlauf der Beratungen des GFG-Entwurfs im Fachausschuß Gemeinsamkeiten hinsichtlich der von der SPD gestellten Anträge deutlich geworden. Die Änderungsanträge zu den §§ 19 und 21 des GFG-Entwurfs wurden einstimmig angenommen. Den Änderungen zu den §§ 25, 27 und 28 hat die F.D.P.-Fraktion gemeinsam mit der SPD zugestimmt.

(Zuruf des Abg. Wagner (CDU))

Lediglich hinsichtlich der Regelung für die Zuweisungen zur Volkszählung haben beide Oppositionsfraktionen gegen den Antrag der SPD-Fraktion gestimmt.

(D)

(Weiterer Zuruf des Abg. Wager (CDU))

- Natürlich, Herr Kollege, gibt es noch ein paar "Knackpunkte", die wir in der ersten Lesung miteinander besprochen haben. Aber haben Sie keine Sorge: Wenn Sie wollen, daß sie heute noch einmal angesprochen werden, kommen wir auch darauf noch einmal zurück.

Abschließend läßt sich jedenfalls sagen: Trotz der schwierigen Lage, in der sich das Land, vor allen Dingen auch durch die Bonner Politik, befindet, kann man dem in diesem GFG-Entwurf enthaltenen Haushaltskonzept zustimmen. Die Gemeinden unseres Landes können damit leben, vor allen Dingen dann, wenn ihre gestiegene Steuerkraft in die Überlegungen einbezogen wird.

(Zuruf des Abg. Paus (CDU))

Meine Damen und Herren, ich habe zu den Änderungsanträgen meiner Fraktion Stellung

(Frau Friebe (SPD))

- (A) genommen. Im übrigen darf ich Ihnen sagen, daß wir dem GFG-Entwurf 1987 mit diesen Änderungen zustimmen werden.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Klose: Ich erteile Herrn Abg. Stump für die Fraktion der CDU das Wort.

Stump (CDU): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Mit der heutigen Beratung des Gemeindefinanzierungsgesetzes 1987 und des Gesetzes zur Aufhebung des kommunalen Anteils am Grunderwerbsteueraufkommen wird ein trauriges Kapitel im Verhältnis des Landes zu seinen Gemeinden, Städten, Kreisen und Landschaftsverbänden aufgeschlagen.

(Zustimmung bei der CDU)

Dieses traurige Kapitel wird auch nicht durch die Ausführungen meiner verehrten Frau Kollegin verändert, weil im Grunde genommen über die wesentlichen Änderungen und den Finanzzug wenig Deutliches gesagt wurde. Denn dieser Finanzzug, meine Damen und Herren, ist es, der dazu führt, daß wir in der kommunalen Familie von einem Vertrauensverlust gegenüber dem Land Nordrhein-Westfalen sprechen.

(Zustimmung bei CDU und F.D.P.)

- (B) Ursächlich für diese Entwicklung ist der seit 1982 praktizierte Finanzzug zu Lasten der Kommunen durch diese Landesregierung, durch die Regierung Rau. Dieser Finanzzug läßt sich in drei Bereichen kurz zusammenfassen.

Erstens: bei der Kürzung des Finanzausgleichs beim allgemeinen Steuerverbund. Allein hier hat der Geldentzug einen Verlust von 10 Milliarden DM für die Städte und Gemeinden zur Folge.

(Nagel (CDU): Hört, hört!)

Zweitens: die Kürzung des kommunalen Anteils aus dem Kraftfahrzeugsteueraufkommen. Auch hier ist seit 1982 ein Verlust in einer Größenordnung von 730 Millionen DM zu beklagen.

Nicht vergessen werden sollte schließlich der Fortfall der Auftragskostenpauschale.

Allein der hier geschilderte Finanzzug hatte die kommunale Familie hart getroffen.

(Zustimmung bei der CDU und des Abg. Dr. Riemer (F.D.P.))

(C) Die Folgen sind erschreckend. Sie wirken sich zu Lasten der Bürger, zu Lasten ihrer Geldbörse, zu Lasten der Arbeitsplätze in diesem Lande, sie wirken sich aber auch zu Lasten der Gemeinden und ihres Vermögens aus. Dabei darf nicht vergessen werden, daß die Städte, Gemeinden, Kreise und Landschaftsverbände in den vergangenen Jahren erheblich gespart haben, um jene Defizitte auszugleichen, die ihnen die Regierung Rau eingebrockt hat. Aber dieser Sparprozeß der Kommunen ist auch ein Verarmungsprozeß besonderer Art. Was nützt es den Gemeinden, wenn sie die Unterhaltung der Straßen und Gehwege vernachlässigen und diese in einigen Jahren völlig erneuern müssen, dies meistens dann auch noch kostenpflichtig für den Bürger?

(Zustimmung bei der CDU)

Was nützt es den Kommunen, wenn sie die Fensterrahmen einer Schule nicht streichen können und in drei Jahren neue Rahmen einsetzen müssen? Der hier klar erkennbare Vermögensverfall trifft die kommunale Familie besonders hart.

(Aigner (SPD): Erhöhungsanträge stellen!)

Wir sagen nein zu dieser Entwicklung.

(D) Wir sagen nein auch mit anderen Kräften in diesem Lande, mit dem Städte- und Gemeindebund, mit dem Städtetag, mit dem Landkreistag, mit dem Verband der Kämmerer, mit den Berufsfachverbänden in der Bauwirtschaft. Nein sagen durchgängig die Industrie- und Handelskammern. Und was neu ist: In einer sehr deutlichen Sprache sagt auch der Spitzenverband der Paritätischen Wohlfahrtsverbände nein. Was in diesem Ausmaß ebenso neu ist, ist der Protest der vielen Städte und Gemeinden im Lande Nordrhein-Westfalen gegen diese Entwicklung, gegen diesen Finanzzug.

(Zustimmung bei der CDU)

Eine Vielzahl von Resolutionen beweist das; wir hatten sie in den Fächern.

Es protestieren auch freiwillige Zusammenschlüsse von Mittständlern, so unter anderem in Bielefeld. Dort befindet sich in der Abwehrfront übrigens auch die Verwandtschaft des Herrn Ministerspräsidenten.

(Zustimmung bei der CDU)

Der Ministerpräsident spürt landesweit die Ablehnung von der Hocheifel bis nach

(Stump (CDU))

- (A) Ostwestfalen, vom Niederrhein bis nach Südwestfalen, vom Münsterland bis zum Köln/Bonner Raum und von Aachen bis zum Hochsauerland. Er spürt diese Ablehnung mit den Resolutionen hier in Düsseldorf ebenso wie im Ruhrgebiet.

(Zustimmung bei CDU und F.D.P.)

Der Ministerpräsident ist mit seiner Politik nicht mehr in der Lage, auf die kommunalen Bedürfnisse und Nöte zu reagieren. Er ist der Gefangene seiner unkontrollierten Ausgabenpolitik, die der Finanzminister am Anfang des Jahres so eindrucksvoll beschrieb.

Um das auch noch einmal klarzustellen: Nicht die CDU war es, die das einst so starke Wirtschaftsland Nordrhein-Westfalen so negativ mit Schuldnerländern wie Brasilien, Mexiko und Polen verglichen hat. Es war auch nicht die CDU, die diesen politischen Offenbarungseid der Regierung Rau so deutlich beschrieb. Es war der Finanzminister der Regierung Rau.

(Sehr richtig! bei der CDU - Frau Friebe (SPD): Immer der alte Hut!)

- Frau Kollegin, wenn Sie von alten Hüten sprechen: Das ist ein Schreiben aus dem Jahre 1986. Es ist für uns so aktuell, daß wir es jederzeit einbringen. Es ist die Bilanz der Regierungsarbeit.

- (B) (Beifall bei der CDU - Nagel (CDU): Deshalb resigniert der auch!)

Das Schlimme ist ja, daß der Appell des Finanzministers, den wir als sehr ehrlich gemeint einschätzen, nichts bewirkt hat, weil die unkontrollierte Ausgabenpolitik des Landes mit Hilfe Ihrer Stimmen weiterhin fortwährt.

(Zuruf des Abg. Aigner (SPD))

- Wir wehren uns gegen diese Entwicklung, Herr Kollege Aigner. Wir wehren uns deshalb auch dagegen, daß Rau 1987 die Gemeindefinanzschöpfung weiter fortsetzen wird.

(Widerspruch bei der SPD)

Mit dem Fortfall der Grunderwerbsteuer und den sonstigen Beschnidungen liegen wir auf dem Niveau von 1986 oder sogar noch darunter.

(Hört, hört! bei der CDU)

Überhaupt: Die Gemeindezuweisungen befinden sich in der Dotierung 1987 auf dem Niveau von 1980. Aufgabenzuwächse, Kostensteigerun-

gen bei den Personal- und Sachkosten - alles hat im Gemeindefinanzausgleich seit 1980 keine Berücksichtigung gefunden.

(Aigner (SPD): Wir müssen auch sparen!)

Die Regierung Rau greift den Gemeinden auch noch auf einem anderen Weg in die Kassen. Gemeindemittel wie der kommunale Anteil am Kraftfahrzeugsteueraufkommen werden durch Beschluß der Landesregierung mit Ihrer Unterstützung der unmittelbaren Verfügungsgewalt der Gemeinden entzogen. Ich nenne die 38 Millionen DM für den Radwegebau,

(Aigner (SPD): Machen wir seit vier Jahren!)

wo wir doch gerade vom Städtebauminister viele Presseartikel erleben, in denen er sagt: Die Landesregierung stellt 38 Millionen DM für den Radwegebau zur Verfügung. - Dies sind kommunale Mittel. Das ist ein Etikettenschwindel.

(Beifall bei der CDU)

Und weil das so gut funktioniert, werden noch einmal 178 Millionen DM für den öffentlichen Personennahverkehr und im kommunalen Straßenbau einbehalten und der Verfügungsgewalt der Gemeinden entzogen. Diese Befrachtungen finden in der Abwasserwirtschaft und in der Denkmalpflege ebenso ihren Niederschlag wie neuerdings auch bei den Planungskosten im Landesstraßenbau bei den UA-III-Mitteln mit 5 % der Kosten. Dieser Eingriff in die kommunale Finanzautonomie, meine Damen und Herren, verbunden mit dem ständigen Finanzentzug ist ein Skandal.

(Beifall bei der CDU)

Völlig unverständlich ist daher auch, daß die Landtagskollegen, soweit sie kommunale Mandate innehaben, dieser Befrachtungspolitik zustimmen und damit die Finanzautonomie der Gemeinden weiterhin schwächen. Viele von Ihnen, verehrte Kollegen, haben ein kommunales Mandat. Viele von Ihnen tragen vor Ort Verantwortung als Fraktionsvorsitzende oder Bürgermeister. Wir geben ihnen daher durch unseren Antrag auf namentliche Abstimmung Gelegenheit, bei der abschließenden Abstimmung über das Gesetz zur Aufhebung des kommunalen Anteils am Grunderwerbsteueraufkommen Farbe zu bekennen.

(Beifall bei der CDU)

Es ist doch unerträglich, wie sich eine Reihe von Kollegen in der Heimatgemeinde deutlich

(Stump (CDU))

- (A) gegen die Regierungspläne aussprechen und die erwähnten Protestnoten auch landesweit mit unterstützen.

(Nagel (CDU): Sehr wahr!)

Und sie stützen teilweise diese Protestnoten auch jetzt noch, obwohl sie bereits in der SPD-Landtagsfraktion die Regierungspläne durch Beschluß akzeptiert haben.

(Nagel (CDU): Glaubwürdigkeit!)

Dieses Verhalten war und ist zynisch, zynisch gegenüber der Kommunalpolitik, zynisch gegenüber der Verantwortung in ihrer Heimatgemeinde.

(Beifall bei der CDU)

Sie verfahren nach der Strategie: In der Heimat fordern und schimpfen, in Düsseldorf die Schultern einziehen und zustimmen.

(Beifall bei der CDU)

In der Verteidigungsstrategie der SPD wird neuerdings immer auf die hohen Belastungen der Sozialhilfe als Folge lang anhaltender Arbeitslosigkeit hingewiesen.

(Frau Friebe (SPD): Das ist so!)

- Ich greife das auf.

- (B) Die Schuldigen hierfür werden in Bonn ausgemacht. Die von der Regierung Schmidt hinterlassenen Hypotheken, auch bei der Arbeitslosigkeit, werden natürlich erst einmal unterschlagen, weil das so einfach ist.

(Beifall bei der CDU)

Aber richtig, verehrte Frau Kollegin, ist doch wohl, daß alle öffentlichen Haushalte, der Bundeshaushalt, die Länderhaushalte, die Gemeindehaushalte, nur zusammen konjunkturbelebend wirken können und müssen. Und richtig ist auch, daß im Land Nordrhein-Westfalen unter Rau die Arbeitslosenzahl von 270 000 auf annähernd 700 000 angestiegen ist.

(Frau Friebe (SPD): Unter Kohl!)

Richtig ist ferner, daß Nordrhein-Westfalen mit einer Arbeitslosenquote von zur Zeit 10,2 % weit über dem Bundesdurchschnitt liegt.

(Hört, hört! bei der CDU)

Die Ursachen dieser überdurchschnittlichen Arbeitslosigkeit sind in Nordrhein-Westfalen

zu finden. Allein der Rückgang der Landesinvestitionen in den 80er Jahren um 11 % und bei den Investitionen der Gemeinden um 33,8 % macht deutlich, daß der Verlust in der industriellen Produktion für den Baubereich, in den Bauhauptberufen, im verarbeitenden Handwerk auf das Konto der miserablen Finanzpolitik der Regierung Rau geht.

(Beifall bei der CDU - Frau Friebe (SPD): Quatsch!)

Dieser mehrfache Milliarden-Entzug hat zum Ausbleiben vieler öffentlicher Aufträge geführt und auch zu einer großen Entlassungswelle, vorwiegend in der Bauindustrie. Diese Entlassungswelle, meine Damen und Herren, hat auch Folgen für die Gemeinden. In eindrucksvoller Weise hat dies die Bauwirtschaft deutlich gemacht. Danach bewirkt ein Investitionsrückgang um nur 1 Milliarde DM - und hier sind mehrere Milliarden DM zu reklamieren - einen Einnahmenverlust bei der Mehrwertsteuer von 140 Millionen DM, einen Gewerbesteuerverlust von 12 Millionen DM, einen Lohnsteuerverlust von 77 Millionen DM, einen Einkommen- und Körperschaftsteuerverlust von 27 Millionen DM, eine Minderabgabe an Sozialabgaben der Arbeitnehmer und Arbeitgeber von 182 Millionen DM und bei der Arbeitslosigkeit einen zusätzlichen Aufwand von 240 Millionen DM, so daß der Spareffekt tatsächlich nur 347 Millionen DM ausmacht und bei den Gemeinden und dem Land Einkommensteuerausfälle in beträchtlicher Höhe zu Buche schlagen, plus das, was sich an Sozialhilfekosten in der Folge dieser hausgemachten Arbeitslosigkeit ergibt.

Meine Damen und Herren, wer auf diesem Hintergrund die im Land produzierte Arbeitslosigkeit und deren Folgen für die Gemeinden mißachtet, geht an den Sachverhalten vorbei und dokumentiert Ignoranz.

Klar ist jedenfalls: Die überdurchschnittliche Belastung der kommunalen Haushalte in Nordrhein-Westfalen, insbesondere durch das Ansteigen der Sozialhilfeausgaben, hat ihre wesentlichen Ursachen in diesem Land, in der Politik des Ministerpräsidenten.

(Beifall bei der CDU)

Ein weiterer Schwerpunkt sozialdemokratischer Gegenargumentation ist die substantielle Gefährdung der Gewerbesteuer. Die vorgelegte Entschließung der SPD zu dieser Thematik unterstreicht meine Feststellung.

Dabei wird so getan, als habe die Bundesregierung unter unserem Kanzler Dr. Helmut Kohl vor, die Gewerbesteuer abzuschaffen.

(Frau Friebe (SPD): Wer weiß, wer weiß!)

(C)

(D)

(Stump (CDU))

- (A) Richtig ist, daß der Bundeskanzler eine Gewerbesteuergarantie abgegeben hat.

(Frau Friebe (SPD): Bis zum 25. Januar!)

- Hören Sie doch einmal zu! Er hat diese Garantie vor kurzem bei den kommunalen Spitzenverbänden bestätigt.

(Ah! bei der SPD)

- Hören Sie zu! Sie müssen das doch zur Kenntnis nehmen! Sie öffnen die Ohren ja erst gar nicht mehr.

Er hat ferner zugesagt, daß, wenn eine Änderung bei der Gewerbesteuer eintreten sollte, eine denkbare Ersatzeinnahme der Gemeinden nur im Benehmen mit den kommunalen Spitzenverbänden erfolgen werde. Wenn über alternative Modelle nachgedacht wird - das tun Sie in der SPD mit dem Wertschöpfungsmodell ja ebenfalls -

(Zuruf des Abg. Mernizka (SPD))

dann sollte die SPD aufhören, die Diskussion um eine sachliche Lösung mit polemischem Getöse zu begleiten.

Überhaupt, die Schwächung der Gewerbesteuer fand unter der SPD erstmals statt. Ich verzichte auf längere Ausführungen hierzu, weil Ihnen die SPD-Taten bei der "Operation 82", der Lohnsummensteuer und der Gewerbesteuer hinreichend bekannt sind.

(B)

(Zustimmung bei der CDU)

Auch das Argument der SPD, die Gemeinden würden unter den mangelnden Steuerzuweisungen des Bundes leiden, geht ins Leere.

Vizepräsident Dr. Klose: Herr Abg. Stump, erlauben Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Trinius?

(Stump (CDU): Ja, bitte schön, Herr Trinius.)

Trinius (SPD): Herr Kollege, wenn Sie die Gewerbesteuergarantie von Helmut Kohl hier so scharf betonen, was hindert Sie dann, unserem Antrag zuzustimmen?

(Zustimmung bei Abgeordneten der SPD - Ha, ha! bei der CDU)

Stump (CDU): Nein, Sie stellen ja einen Entlastungsantrag und produzieren ein Thema, das sich so nicht stellt. Das ist das Problem.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Dr. Klose: Erlauben Sie noch eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Trinius?

(Stump (CDU): Meine Zeit läuft jetzt weg, aber bitte schön.)

- Bitte sehr!

Trinius (SPD): Herr Kollege, oder müssen Sie befürchten, daß der Einfluß der F.D.P. auf die Koalition und die Aussagen von Frau Birgit Breuel hinsichtlich der Abschaffung der Gewerbesteuer so stark sein könnten, daß Sie diese Garantie der Erhaltung der Gewerbesteuer in der nächsten Legislaturperiode - wenn Sie dann wieder regieren sollten - nicht mehr erneut aussprechen zu können glauben?

Stump (CDU): Herr Trinius, ich verstehe Ihre Zwischenfrage aus folgendem Grunde nicht: Unser Innenminister hat im Ausschuß für Kommunalpolitik Überlegungen dargelegt, die in der Innenministerkonferenz diskutiert werden, bei denen es darum geht, einen entsprechenden Ausgleich zu schaffen. Hierüber wird sehr sachlich diskutiert. Ich weiß nicht, was Sie wollen. Konkret stellt sich augenblicklich die Frage der Gewerbesteuer nicht. Ich denke, ich habe das für die Union klar und deutlich herausgestellt.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, die CDU-Landtagsfraktion wird beide Gesetzesvorlagen ablehnen. Wir lehnen sie auch deshalb ab, weil das Land selber nicht spart und die Zukunftsblokade für das Land und die Gemeinden weiter verschärft.

(Frau Friebe (SPD): Wo denn?)

Wir halten es mit den vielen Stimmen aus den Reihen der SPD, die das Land mahnen, einen eigenen Sparbeitrag zu leisten. Herr Ministerpräsident, selbst aus Ihrer Heimatstadt schrieb Ihnen die Oberbürgermeisterin, unsere verehrte Kollegin Ursula Kraus

(Nagel (CDU): Rot-grün!)

- ich darf zitieren -:

Die Konsolidierung des Landeshaushalts darf nicht Jahr für Jahr in wesentlichen und neuen Teilen zu Lasten der Kommunen finanziert werden. Sie kann und muß im Landeshaushalt selbst ansetzen.

(Zustimmung bei der CDU - Frau Friebe (SPD): Und was hat sie weiter geschrieben?)

(Stump (CDU))

- (A) Viele führende Sozialdemokraten haben den Ministerpräsidenten - der wieder bei der Beratung des Gemeindefinanzierungsgesetzes nicht anwesend ist - in gleicher Weise er sucht. Sie überhören diese Stimmen und reagieren nicht. Bedauerlich ist nur, daß jene kritischen Stimmen sich veranlaßt sehen, nur aus der Solidarität gegenüber dem Ministerpräsidenten ihre Stimme für die Gesetzesvorhaben, die sie im Herzen ablehnen, abgeben zu müssen. Hier schließt sich vorerst das traurige Kapitel des Finanzausgleichs.

(Dr. Linssen (CDU): Die Unabhängigkeit der Abgeordneten ist eingengt.)

Meine Damen und Herren, wir werden nicht nachlassen, in der Öffentlichkeit die von Ihnen zu verantwortende Zukunftsblockade in den Gemeinden deutlich zu machen. Dies werden wir auf der Grundlage unseres Entschließungsantrages tun. Wir werden aber auch für 1988 eine weitere, geplante Gemeinde- und Bürgerschöpfung noch früher und noch intensiver bekämpfen. Wir werden jedem Bürger im Land klarmachen, wer der Verursacher all der Folgen aus dem Verarmungsprozeß der Gemeinden ist: Es ist die Regierung Rau, und verantwortlich dafür ist der Ministerpräsident dieses Landes.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Dr. Klose: Ich erteile jetzt Herrn Abg. Dr. Riemer für die Fraktion der F.D.P. das Wort.

- (B) Dr. Riemer (F.D.P.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Bis zu einem gewissen Grade sind Widersprüche in der Politik ja verkraftbar. Aber das, was die Landesregierung uns jetzt hier zur Gemeindefinanzpolitik vorlegt, richtet in diesem Lande erheblichen Schaden an. Es ist ein ganzes Netz von Ungereimtheiten, und es ist bewußt darüber hinaus auch noch so undurchschaubar geknüpft worden, damit es als Tarnnetz benutzt werden kann.

Schaut man sich einmal genauer an, was unter diesem Netz steckt, dann wird der Widerspruch zwischen all den schönen Worten und der politischen Praxis dieser Landesregierung in ihrem ganzen Umfang deutlich.

Die SPD beteuert, daß sie für die Selbstverwaltung der Gemeinden sei, und gleichzeitig schränkt sie den finanziellen Handlungsspielraum der Gemeinden ein, ja, sie nimmt ihnen sogar die eigenen Einnahmequellen. Es ist von der Solidarität der Gemeinden die Rede, aber mit dem vorgelegten Finanzausgleich produziert sie willkürliche Aus-

- (C) gleichsstrukturen, bei denen beim besten Willen nicht zu erkennen ist, warum der eine mehr und der andere weniger bekommt. Die SPD behauptet, sie wolle lebensfähige und florierende Gemeinden, aber sie bügelt besonders eigene Leistungsergebnisse der Gemeinden auf Null glatt, oder, wie das Verfassungsgerichtes formuliert hat: sie übernivelliert. Die SPD spricht davon, daß sie Arbeitsplätze durch mehr Investitionen schaffen wolle; aber sie zwingt die Gemeinden, die Lasten der finanzpolitischen Mißwirtschaft der Landesregierung durch Steuererhöhungen auf die Wirtschaft abzuwälzen.

Meine Damen und Herren, es gibt mehrere Indikatoren dafür, ob in einem Land gute oder schlechte Politik gemacht wird. Am deutlichsten zeigt sich dies darin, wie das Land mit seinen Gemeinden umgeht. Hier zeigt sich, ob man die Realitäten begriffen hat und ob ein geschlossenes Konzept dahintersteht.

Was wir auf dem Gebiet der Gemeindepolitik in Nordrhein-Westfalen seit 1980 erleben, ist ein verwirrt-irritierendes Bemühen der Landesregierung und der Mehrheitsfraktion, sich auf Kosten der Gemeinden finanziell über Wasser zu halten. Mehr nicht! Dabei spielt offenbar keine Rolle mehr, ob diese Politik eigenen Grundsatzklärungen widerspricht oder ob Maßnahmen gegensätzlich wirken, ja, ob sie verfassungsrechtlich oder zumindest verfassungspolitisch richtig sind und ob mittel- und langfristig die Schäden nicht ein zu hoher Preis für kurzfristige Druckentlastung und Imagepflege sind.

(Zustimmung bei der F.D.P. sowie des Abg. Dr. Worms (CDU))

Das alles wird in Kauf genommen, um nach einer vieljährigen verfehlten Finanzpolitik den Haushalt zumindest rechnerisch einigermaßen im Lot zu halten.

Meine Damen und Herren, nach den Maßstäben des Jahres 1980 sind den Gemeinden allein aus der Absenkung des Steuerverbundsatzes mindestens 8 Milliarden DM vorenthalten worden. Und die Frage, die sich stellt, ist doch: Wo ist der entsprechende Kürzungsbeitrag des Landes bei den eigenen Ausgaben?

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Statt alle Energie darauf zu verwenden, sich immer raffiniertere Strategien dafür ausdenken, wie man an das Geld der Gemeinden kommt, hätten die Landesregierung und die sie tragende Mehrheit die überkommenen Prioritäten der eigenen Ausgaben überprüfen

(Dr. Fiemer (F.D.P.))

- (A) müssen; die derzeitige Haushaltslage ist doch nun ein mehr als deutliches Signal für einen neuen Anfang in der Finanzpolitik, meine Damen und Herren! Aber der Landesregierung fehlt dazu ganz einfach die Kraft.

Die Wirtschaft - davon wird immer wieder geredet, und der Ministerpräsident spricht davon -, sie soll ökologisch und ökonomisch erneuert werden. Aber selbst schreibt man in der Finanzpolitik die alten Strukturen fort. - So wird das nichts!

Die Gemeinden sind nach Ansicht der Landesregierung eigentlich nur eine Art Reservekasse des Landes. Dies hat insbesondere natürlich - das muß man sehen - für Kanzlerkandidaten den unschätzbaren Vorteil, daß die Kürzungen des Landes vom Bürger nicht direkt als Landesversagen wahrgenommen werden. Vielmehr müssen die Gemeinden dem Bürger gegenüber den Kopf hinhalten, nämlich für Wachstumsverluste, für Leistungs- und Investitionseinschränkungen oder gar für örtliche Steuererhöhungen.

Es gibt auch noch andere Beispiele für diese Strategie, sich das "Strahlemann-Image" zu erhalten, indem man negative Auswirkungen so indirekt wie möglich macht, um nach außen hin die Verantwortung auf andere zu verlagern.

(Zuruf der Frau Abg. Friebe (SPD)
- Weitere Zurufe von der SPD)

- (B) Natürlich geht das nicht so, daß man einfach Jahr für Jahr den Verbundsatz kürzt - nein, das macht die Landesregierung viel raffinierter! Seit 1981 gibt es eine Art von "Zwei-Schnitte-Rasur" der Gemeinden: erstens die Senkung des Verbundsatzes, dann - darauf folgend - das Abräumen der Einnahmen außerhalb des Verbundsatzes bzw. die Befrachtung der Schlüsselzuweisungen.

So war das mit der ersten, zweiprozentigen Herabsetzung des Verbundsatzes. Der Prozentsatz wurde dann eine Zeit lang gehalten, dafür aber die Auftragskostenpauschale gestrichen. Und so ist das jetzt, meine Damen und Herren: weitere Herabsetzung des Verbundsatzes auf 23 % im vergangenen Jahr. Heute traut man sich natürlich nicht gleich wieder, den Verbundsatz herabzusetzen; dafür nimmt man den Gemeinden die Grunderwerbsteuer und befrachtet den Verbund.

(Zustimmung bei F.D.P. und CDU)

Immer also erster Schritt: die Hauptsäule des Finanzausgleichs ein Stück kürzer. Dann einen zweiten Schritt, der die tragenden

Nebenpfeiler abräumt! Nach diesem Schema, meine Damen und Herren, werden wir also im nächsten Jahr wohl wieder mit einer weiteren Kürzung des Verbundsatzes zu rechnen haben. Darauf stellen wir uns schon ein.

(Wagner (CDU): Wir? Die Gemeinden!)

Von den gemeindefeindlichen Maßnahmen der Landesregierung ist das Grunderwerbsteuerverteilungs-Änderungsgesetz eigentlich der schlimmste Höhepunkt. Das ist keine Politik mehr, die differenziert und die Folgen bedenkt, das ist nur noch rücksichtsloses Zuschlagen nach dem Motto: Geld muß her! Nach den drastischen Senkungen des Verbundsatzes der letzten Jahre versucht die Landesregierung durch Verschleierungstaktik zu vermeiden, daß sie schon am zentralen Maßstab - nämlich des Verbundsatzes - in ihrer Gemeindefeindlichkeit öffentlich vorgeführt wird. Die 23 % Verbundsatz mußten also zumindest optisch gehalten werden. Tatsächlich aber liegt der Verbundsatz, wenn man die Grunderwerbsteuer und die Befrachtungen herausrechnet, weit darunter.

(Zustimmung bei Abgeordneten der F.D.P. und der CDU)

Es wäre besser gewesen, Herr Innenminister, wenn die Landesregierung hätte ehrlich den Verbundsatz herabgesetzt; der Schaden wäre konkret vor Ort und im Grundsätzlichen wesentlich geringer gewesen.

Der Gesetzentwurf zur Änderung der Verteilung der Grunderwerbsteuer ist und bleibt ein frontaler Angriff auf den Grundsatz der gemeindlichen Selbstverwaltung.

(Erneut Zustimmung bei der F.D.P. und bei Abgeordneten der CDU)

Zur Selbstverwaltung gehören insbesondere auch eigene Einnahmen. Durch die Einbeziehung der Grunderwerbsteuer in den Steuerverbund vermindert sich die kommunale Beteiligung am Grunderwerbsteueraufkommen von gegenwärtig 63 % auf die 23 % des derzeitigen Verbundsatzes. Die Kommunen verlieren damit fast zwei Drittel ihrer Einnahmen aus der Grunderwerbsteuer, während das Land seine Einnahmen dadurch um 300 Millionen DM verbessert. Daran kann man doch erkennen, worum es hier geht.

(Wilmbusse (SPD): Natürlich.)

Insbesondere für die Kreise ist die Grunderwerbsteuer die letzte Steuer von einigem Gewicht; sie erreichte 1985 noch fast 6 % ihrer bereinigten Gesamtausgaben. Die Kreise sind also substantiell getroffen.

(Dr. Riemer (F.D.P.))

- (A) Verheerend willkürlich sind auch die Auswirkungen auf die letzten realitätsbezogenen Gerechtigkeitsstrukturen des Finanzausgleichs. Einigen Gebietskörperschaften wird eine eigene Steuerquelle genommen; andere erhalten - fast willkürlich - plötzlich Geld aus einer anderen Quelle, an der sie bisher nicht beteiligt waren. Dazu einige Beispiele:

Die Stadt Duisburg verliert gegenüber 1985 8,2 Millionen DM Grunderwerbsteuer, erhält aber 12,6 Millionen DM mehr an Schlüsselzuweisungen - 1987 also ein Plus von 4,4 Millionen DM!

(Frau Friebe (SPD): Das ist der Ausgleich, ist die Solidarität, die ich angesprochen habe!)

Die Stadt Dortmund verliert 14,5 Millionen DM Grunderwerbsteuer, erhält aber 32,2 Millionen DM mehr an Schlüsselzuweisungen - ein Plus von 17,7 Millionen DM!

(Zuruf von der SPD: Das braucht die!)

Demgegenüber verliert die Stadt Düsseldorf ihren Grunderwerbsteueranteil aus 1985 von über 22 Millionen DM ganz, ohne dafür einen Ausgleich bei den Schlüsselzuweisungen zu erhalten.

(Frau Friebe (SPD): Und wie hoch ist da die Steuerkraftmeßzahl gewesen?!)

- (B) - Ich komme gleich darauf. - Der Kreis Mettmann zum Beispiel mit den höchsten Grunderwerbsteuereinnahmen von rund 23 Millionen DM verliert bei der Grunderwerbsteuer alles - und außerdem sogar noch eine halbe Million DM bei den Schlüsselzuweisungen!

Meine Damen und Herren, diese Beispiele sprechen für sich, und sie zeigen auch deutlich, wohin die Gewerbesteuer in Zukunft fließen wird. Sie soll nicht dorthin fließen, wo sie erwirtschaftet wurde, sondern dorthin, wo sie politisch erwünscht ist. Weil die gleichmacherische Umverteilung durch die ständigen Eingriffe in das System des Finanzausgleichs in den letzten Jahren schon weitgehend erreicht wurde, muß nun auch noch die Grunderwerbsteuer als eigene Einnahmequelle gestrichen und in den Steuerverbund einbezogen werden.

Natürlich ist das Gewerbesteueraufkommen in den einzelnen Gemeinden unterschiedlich. Das ist klar. Was hat das aber für Gründe? Nur dort, wo Baugebiete erschlossen und Stadtteile saniert werden, kommt es zu einem überdurchschnittlichen Steueraufkommen. Solche besonderen Einnahmen verlangen aber

vorher auch entsprechende Investitionen, meine Damen und Herren. Durch das Grunderwerbsteuergesetz war bisher jedenfalls sichergestellt, daß das Steueraufkommen zu einem wesentlichen Teil nach dorthin zurückfloß, wo es auch erwirtschaftet wurde. Nur so wurden die Kommunen in die Lage versetzt, Erschließungen, Ausweisung von Baugebieten und Stadtsanierung auch fortzuführen. Investitionen und Leistungen werden durch dieses Steueraufkommen honoriert.

In Zukunft - das ist die neue Situation - spielt die eigene Leistung der Kommunen nicht mehr die entscheidende Rolle. Die Grunderwerbsteuer wird nach den Kriterien des Finanzausgleichs nivelliert verteilt. Warum sollen eigentlich in Zukunft Gemeinden noch investieren, wenn ihnen die Früchte ihrer Arbeit nicht mehr zufallen?

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Meine Damen und Herren, mit diesem Nivellierungsgesetz wirkt die Landesregierung leistung- und entwicklungshemmend. Die Folge wird sein - Sie werden sich wundern -, daß die Grunderwerbsteuereinnahmen erheblich zurückgehen werden. Das Land wird sich den Ast absägen, auf dem es selber sitzt.

Meine Damen und Herren, das Gesetz hat auch negative Auswirkungen für die Wirtschaft des Landes. Das ist von dem Kollegen Stump hier schon angesprochen worden. Es verschlechtert die Rahmenbedingungen, vermindert damit die Wettbewerbsfähigkeit, und das bedeutet schließlich eine Belastung für die sowieso schon problematische Attraktivität des Standortes Nordrhein-Westfalen. Die 31 Kreise erzielen derzeit 271 Millionen DM Einnahmen aus der Grunderwerbsteuer. Davon bleiben ihnen nicht einmal 10 %, nämlich 20 Millionen DM, um die ihre Schlüsselmasse erhöht wird. Dieser Verlust kann im wesentlichen nur durch die Erhöhung der Kreisumlage durch die Gemeinden ausgeglichen werden. Der Landkreistag hat eine Erhöhung der Kreisumlage um zwei bis vier Prozentpunkte errechnet. Die kreisfreien Städte und die kreisangehörigen Gemeinden werden vom Land auf diese Weise gezwungen, die Hebesätze der Gewerbesteuer zu erhöhen, also die finanzpolitische Mißwirtschaft der Landesregierung auf die Wirtschaft abzuwälzen.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Wie sollen die Unternehmen aber Arbeitsplätze sichern und neue Arbeitsplätze schaffen, wenn sie mit höheren Abgaben belastet werden? Diese Frage stellt sich.

(C)

(D)

(Dr. Piemer (F.D.P.))

- (A) Durch diese Politik verliert Nordrhein-Westfalen darüber hinaus an Attraktivität für Neuansiedlungen. Was nützen denn, so frage ich, die Investitionszuschüsse des Landes, wenn sie hintenherum vom Land wieder weggenommen werden. Der Wettbewerb zwischen den Bundesländern bei der ja doch sehr eingeschränkten Investitionsmasse in der Bundesrepublik Deutschland findet nicht zwischen abstrakten Institutionen und auf höherer Ebene, sondern im wesentlichen unten, im Verhältnis von Gemeinde zu Gemeinde, im Verhältnis etwa von Gemeinden in Nordrhein-Westfalen zu Gemeinden in Baden-Württemberg statt. Für die Standortqualität und -attraktivität sind nämlich die konkreten Verhältnisse vor Ort entscheidend.

Meine Damen und Herren, wie glaubwürdig sind dann die Erklärungen der Landesregierung, daß sie alles tut, um die Arbeitslosigkeit abzubauen? Die praktische Politik der SPD jedenfalls sieht leider anders aus.

(Beifall bei der F.D.P.)

Wenn das in der Gemeindefinanzpolitik so weitergeht, werden die auch jetzt noch lebensfähigen Gemeinden in einigen Jahren heruntergewirtschaftet sein. Die SPD ist wieder einmal dabei, eine Belastungsgrenze zu erproben, wahrscheinlich auch diesmal - wie schon einmal - mit schlimmen Folgen. Die Gemeinden sind dieser Politik verhältnismäßig hilflos ausgeliefert, jedenfalls bis zur nächsten Wahl. Alle die Sachargumente der Gemeinden sind bei der Landesregierung und ihrer Mehrheitsfraktion auf taube Ohren gestoßen. Was sollen die Gemeinden jetzt tun? Eigentlich kann man ihnen nur noch raten, sich an den Petitionsausschuß des Landtags zu wenden.

(B)

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Diese Situation veranlaßt uns beide Gesetzesvorlagen abzulehnen.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Vizepräsident Dr. Klose: Es spricht jetzt Herr Abg. Schwirtz für die Fraktion der SPD. Bitte sehr!

Schwirtz (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich möchte zu unserem Entschließungsantrag auf Drucksache 10/1557 Stellung nehmen. Ich glaube, diese Debatte hat gezeigt, daß es richtig war, unseren Entschließungsantrag zur Gewerbesteuer und zu den Gemeindefinanz gerade heute einzubringen.

Nach dem düsteren Bild, das die Sprecher der CDU und der F.D.P. über die Gemeindefinanzen und über den Finanzausgleich in unserem Lande hier gemalt haben, muß, so meine ich, einmal deutlich gemacht werden, daß die Gesetzgebungskompetenz für die Gemeindesteuern beim Bund liegt. Es muß auch deutlich gemacht werden, daß die Gemeinden durch Bundesgesetze in den letzten Jahren arg gebeutelt wurden, daß der Bund die Gemeindefinanzen ausgehöhlt hat. Zur Begründung verweise ich auf drei Dinge.

Die Gewerbesteuer selbst ist durch Abschaffung der Lohnsummensteuer, durch ständige Anhebung der Freibeträge und durch die gemeindeunfreundliche Behandlung von Dauerschulden und Dauerschuldenzinsen ausgehöhlt worden. Nur noch ein Drittel der Betriebe zahlt Gewerbeertragsteuer, und nur noch ein Fünftel der Betriebe zahlt Gewerkekapitalsteuer.

(Dr. Linssen (CDU): Weil sie keine 3 000 DM im Monat verdienen!)

Zweiter Punkt: Durch die Steuersenkungsgesetze des Bundes verlieren Städte und Gemeinden in den Jahren 1986 bis 1988 Einnahmen in Milliardenhöhe.

(Tschöeltsch (F.D.P.): Und Sie erhöhen die Steuern!)

Dritter Punkt: Durch die verfehlte Arbeitsmarktpolitik der derzeitigen Bundesregierung

(Widerspruch bei CDU und F.D.P.)

sind die Belastungen der kommunalen Haushalte mit Sozialausgaben kaum noch zu verkraften.

(Zustimmung bei der SPD)

Und zu alledem - wenn Herr Stump das eben auch in Abrede gestellt hat - kommt noch die Unsicherheit über die Zukunft der Gewerbesteuer. Da hat die Landesregierung von Rheinland-Pfalz zum Beispiel einen Vorschlag ausgearbeitet, der die Gewerbesteuer weiter einschränkt.

(Zuruf des Abg. Schauerte (CDU))

Bei den Koalitionsverhandlungen zwischen CDU und F.D.P. in Niedersachsen wurde die Abschaffung der Gewerbesteuer proklamiert.

(Stump (CDU): Das ist nicht unser Thema hier!)

Meine Damen und Herren, unsere Städte und Gemeinden brauchen aber Sicherheit für den

(Schwartz (SPD))

- (A) Fortbestand der Gewerbesteuer. Das ist auch die Voraussetzung für die von Ihnen eben beschriebene Notwendigkeit für weitere Investitionen. Für die kommunale Selbstverwaltung ist es notwendig, daß die Gewerbesteuer mit eigenem gemeindlichem Hebesatzrecht erhalten bleibt und daß die größten Ungerechtigkeiten bei der Gewerbesteuer beseitigt werden.

Dazu gehört auch, daß der Kreis der Steuerpflichtigen größer werden muß - was durchaus aufkommensneutral geregelt werden kann; das heißt: Die jetzt gewerbesteuerpflichtigen Betriebe würden nach einer Reform weniger Steuern bezahlen.

Wichtig ist dabei, daß die Gemeinden auch aus steuerlichen Gründen weiter interessiert sind, kleine und mittlere Betriebe anzusiedeln. Wichtig ist weiter, daß die Gewerbesteuer konjunkturabhängiger wird und daß sie die Steuerkraftunterschiede zwischen den Gemeinden nicht noch vergrößert, sondern daß sie diese Unterschiede verkleinert.

(Tschöeltsch (F.D.P.): Warum eigentlich?)

Das wären Forderungen an eine Gemeindefinanzreform, eine Reform, die im Grunde alle Beteiligten wollen: Dieses Haus hat im September 1984 die Forderung danach erhoben. Die kommunalen Spitzenverbände drängen auf die Reform und haben dafür einen sehr diskussionswürdigen Entwurf vorgelegt. Selbst die Industrie- und Handelskammern sind - wenn auch mit anderer Zielsetzung - für eine Reform. Dieser Tage las ich in der Zeitung, daß auch die Kommunalpolitische Vereinigung der CDU die Reform der Gemeindefinanz verlangt.

(Dautzenberg (CDU): Schon lange!)

- Ja, eben!

(Frau Friebe (SPD): Nur für die Landtagsfraktion ist das kein Thema!)

Die SPD-Bundestagsfraktion, meine Damen und Herren, hat einen Gesetzentwurf für Sofortmaßnahmen zur Verbesserung der Gemeindefinanz vorgelegt und einen Antrag zur Fortsetzung der Gemeindefinanzreform im Bundestag eingebracht. In der Debatte am 17. Oktober 1985 hat der Parlamentarische Staatssekretär Dr. Voss erklärt, dieser Gesetzentwurf der SPD und der Antrag der SPD müßten als überholt betrachtet werden, weil sie - jetzt passen Sie gut auf! - im krassen Gegensatz zu der günstigen Entwicklung der Finanzlage der Gemeinden stünden.

- (C) Nun, ganz so rosig hat Herr Stump die Gemeindefinanz hier eben nicht dargestellt. Aber am 17. Oktober 1985 war die angeblich positive Entwicklung der Gemeindefinanz Grund für die Bundestagsfraktion der CDU, die SPD-Anträge abzulehnen und die Gemeindefinanzreform zu vertagen.

(Dautzenberg (CDU): In den anderen Ländern geht es den Gemeinden auch besser.)

Für die F.D.P. hat ihr Abgeordneter Gattermann in dieser Debatte erklärt, die Gewerbesteuer sei ein altes steuerliches Fossil, das abgeschafft gehört.

(Tschöeltsch (F.D.P.): So ist es!)

- So ist es! Also bestätigen Sie das.

Die F.D.P. - das muß ich zu ihrer Ehrenrettung sagen - hat dann gesagt, sie wolle die Gewerbesteuer zwar nicht ersatzlos streichen; aber ihre Alternative heißt: Erhöhung der Umsatzsteuer, Neubewertung der Einheitswerte zur Festsetzung der Grundsteuer, was dann zwangsläufig Erhöhung der Mieten bedeuten würde. Auf gut deutsch heißt das: Den größten Teil der Zeche zahlt der kleine Mann. Eine solche Reform wollen wir nicht!

(Zustimmung bei der SPD)

- (D) Wir sagen: Die Gewerbesteuer hat sich als kommunale Steuer grundsätzlich bewährt; sie muß beibehalten und verbessert werden. Eine Reform ist jetzt notwendig.

Wir gehen davon aus, meine Damen und Herren, daß im nächsten Bundestag ein SPD-Entwurf zur Verbesserung der Gemeindefinanz positiv entschieden wird.

(Tschöeltsch (F.D.P.): Dann müssen Sie aber noch viel verbessern.)

und möchten Ihnen mit unserem Entschließungsantrag heute die Chance geben, Ihrer Vorhin so viel zitierten Gemeindefreundlichkeit Ausdruck zu verleihen.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Klose: Ich erteile nunmehr Herrn Abg. Wagner für die Fraktion der CDU das Wort.

Wagner (CDU): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Da hat der Herr Schwartz von Gewerbesteuer und von allen möglichen Bundesangelegenheiten gesprochen. Herr Schwartz, es wäre doch opportun ge-

(Wagner (CDU))

- (A) wesen, wenn Sie den vielen Kommunalpolitikern Ihrer Partei, unserer Partei, den Spitzenverbänden einen Gefallen getan hätten, nämlich zu dem zu sprechen, was wir hier können: endlich die Manipulation am Gemeindefinanzierungsgesetz sein zu lassen!

(Zustimmung bei CDU und F.D.P.)

Dann haben Sie dem Kollegen Stump und dem Kollegen Dr. Riemer unterstellt, Sie hätten schwarzgemalt. Nein, Herr Schwirtz, auch da ist der Ansatz falsch. Die beiden haben Realismus aufgezeigt, und der Realismus - insofern stimme ich Ihnen zu - dieser gemeindeunfreundlichen Politik ist schwarz. Das ist das Ergebnis!

(Zustimmung bei der CDU)

Wer die Beratungen des GFG in den vergangenen Monaten verfolgt hat und Gespräche mit den Spitzenverbänden, mit Oberbürgermeistern und Oberstadtdirektoren, mit Parteifreunden - quer durch alle Fraktionen - geführt hat, der hat noch nie eine solch weitgreifende Resignation in der kommunalpolitischen Familie feststellen können wie im Jahre 1987.

(Zustimmung bei der CDU)

Und dann sagt Frau Kollegin Friebe hier: Ja, meine Damen und Herren, das GFG 1987 ist das Beste, was wir überhaupt machen können. Sie sprechen doch so viel von Ihrer Basis. (B) Ja, wo haben Sie denn noch Kontakte zu der Basis? Sie haben die Drucksachen bekommen wie wir. Ich will nur einen Ihrer roten Oberbürgermeister oder Oberstadtdirektoren zitieren. Die sind ja mittlerweile schon so frustriert, daß der Bochumer nicht mehr an Sie schreibt, sondern Frau Kollegin Thoben anschreibt und sagt: "Nun helft uns doch, daß endlich die Manipulation am GFG aufhört!" Nun, Sie wissen ja, wie die Mehrheiten sind.

(Zustimmung bei der CDU)

Meine Damen und Herren, Sie wissen doch wie wir, daß wir in eine Schiefelage gekommen sind. Ich werde das gleich noch anhand von Zuschriften Ihrer Kolleginnen und Kollegen bezeugen. Was wir hier beklagen, ist doch einfach, daß Minister Dr. Schnoor und Minister Dr. Posser nicht stark genug sind, etwas für den kommunalen Bereich - man muß ja fast sagen: nicht herauszuholen, zu retten. Die Konsolidierung - das wissen Ihre Kommunalpolitiker doch genauso wie wir - wird nicht in anderen Ressorts gemacht - da sind die Fachminister wahrscheinlich zu stark -;

der Landeshaushalt wird von dieser Regierung lediglich auf Kosten der Gemeinden versucht bescheiden zu konsolidieren. (C)

Meine Damen und Herren, in den letzten Jahren - und das geht ja weiter - haben wir festgestellt, daß die Landesregierung - und das wird Ihnen ebenso zugetragen wie uns - draußen ständig in der Diskussion steht und von den Kommunalpolitikern bis zu den Spitzenverbänden als unberechenbar, als nicht mehr kalkulierbar hingestellt wird.

Da, Herr Schwirtz, stellen Sie sich nun hin und sagen: "Natürlich, wir wissen ja, es ist Bundestagswahl!" Meine Damen und Herren, Ihnen wie uns sagen doch die Kommunalpolitiker, daß Sie nicht mehr in der Lage sind, notwendige Investitionen vorzunehmen und damit Arbeitsplätze zu schaffen, weil diese Landesregierung, unterstützt von Ihrer Mehrheit, den finanziellen Hahn immer enger zudreht.

Diese Resignation, meine Damen und Herren, hat soweit geführt, daß die Spitzenverbände bei der Anhörung - Herr Dr. Riemer hat es etwas angesprochen, und Kollege Werner Stump auch - gar nicht mehr so sehr die Manipulationen im GFG 1987 angesprochen, sondern verstärkt aufgezeigt haben, in welcher Sorge sie sind, wenn sie an das denken, was dieser Landesregierung beim GFG 1988 alles noch einfallen könnte, nämlich dann, wenn kein Wahljahr ansteht. Das war doch schon die Sorge der Spitzenverbände! (D)

(Zustimmung bei der CDU)

Das kann doch nicht an Ihnen vorbeigelaufen sein.

Ich gebe Ihnen gern zu: Eine Auswirkung hat das Ganze ja, nämlich die, daß die Gemeinden zwar nicht mehr wissen, wo es langgeht, daß aber Jahr für Jahr von dieser Landesregierung eine Art Beschäftigungsprogramm aufgelegt wird. Das ist das typische Beispiel dafür, daß Beschäftigungsprogramme - auf denen Sie ja immer reiten - nichts bringen, außer daß jedes Jahr eine Riege von Beamten im Ministerium, bei den Regierungspräsidenten, in den Gemeinden wochenlang gehindert sind, vernünftige Arbeit zu leisten, weil sie wieder neue Berechnungen und neue Kürzungen in die kommunalen Haushalte einbringen müssen. Das ist, wenn Sie so wollen, der einzige Vorteil. Ich meine allerdings, es wäre keiner.

Was macht nun diese SPD-Landtagsfraktion? Sie nimmt das alles stumm entgegen. Meine Damen und Herren, ich möchte hier feststel-

(Lagner (CDU))

- (A) len: Was die Gemeindepolitik angeht, haben Sie, die Kolleginnen und Kollegen von der SPD-Fraktion, den Fraktionsstatus aufgenommen und sind leider in die Rolle des Regierungsunterstützungsvereins gekrochen.

(Zustimmung bei CDU und F.D.P.)

Kein Wort von Ihnen, daß diese Regierung immer wieder nur auf Kosten der Gemeinden agiert! Mit Recht stelle ich hier fest, meine Damen und Herren - das ist ja wohl erlaubt -, daß ich dem Ministerpräsidenten dieses Landes unterstelle: Was die Gemeindefinanzen angeht, wird hier nicht versöhnt, sondern gespalten!

(Zustimmung bei CDU und F.D.P.)

50 Millionen DM sind zur Deckung im Haushalt für Städte und Gemeinden, die nachweislich über mehrere Jahre den Fehlbedarf nicht ausgleichen können. Da geht die SPD nun durch die Lande und feiert das. Wir haben das gestern in Oberhausen erlebt: Das wird als die soziale Tat gefeiert.

Meine Damen und Herren, auch das stimmt doch nicht! Das ist doch keine Leistung der Landesregierung. Auch hier ist wieder in die große kommunalpolitische Familie eingegriffen worden; denn keine Mark dieser 50 Millionen stammt aus dem Landeshaushalt, sondern man hat sie den anderen Gemeinden weggenommen.

- (B) Die ersten, die dagegen wettern, sind auch keine Christdemokraten und keine Freidemokraten, sondern Sozialdemokraten, die Kollegin Kraus zum Beispiel - um einen Beschluß des Rates Wuppertal zu erwähnen -, die sagt: "Das ist ja ungeheuerlich, was da passiert!" Diese Unstimmigkeiten, die so immer wieder in die kommunale Familie hineingetragen werden, kann ich auch nur so bezeichnen: Auch hier wird nicht versöhnt, hier wird gespalten!

Lassen Sie mich einige Sätze zur Grunderwerbssteuer sagen. Herr Kollege Stump und Herr Riemer haben schon darauf hingewiesen. Ich will gar nicht so sehr eine Zahlenakrobatik aufstellen; denn hier ist der typische Beweis dafür, mit welcher Doppeltzungigkeit die SPD in unserem Lande mittlerweile Politik betreibt.

Da sagt der Innenminister in seiner Begründung - er spricht nicht vom geldlichen Volumen -, das wäre ja eine tolle Sache, denn jetzt brauchten die Gemeinden ja nicht mehr jährlich zu rechnen. Sie würden das Mehr jetzt über den Verbundsatz - allerdings weniger - bekommen, und da würden ganze

Arbeitsstunden wegfallen. Meine Damen und Herren, Herr Minister, ich darf Ihnen sagen: Die Gemeindevertreter, sowohl die ehrenamtlichen wie die hauptamtlichen, würden gern die Arbeit auf sich nehmen und die Grunderwerbssteuer selbst verwalten. Das tun die gern. Die haben vielmehr Probleme mit Ihnen und mit den jährlichen Pfuschiereien am CFG. Meine Damen und Herren, da liegt die Verärgerung!

(C)

Aber - das wird ja bei diesen Etatberatungen deutlich - das Land braucht Geld, und neben den Kürzungen bei der Verbundmasse hat man ein neues Tor geöffnet. Man hat gesagt: "Das ist ja jetzt alles fraglich; das ist ja im Grunde genommen auch ein Landesgesetz, und da hat jetzt sogar das Gericht gesprochen. Also vereinnahmen wir das alles in den Landesetat!"

Deshalb möchte ich hier einmal vorspielen, wie das denn vor Ort aussieht. Meine Damen und Herren, da hören wir vollmundig von den Sozialdemokraten vor Ort - hier nicht -: "Das kommt überhaupt nicht in Frage! Jetzt ist der Rau aber zu weit gegangen!" Die örtliche Presse bringt das, weil sie die Zusammenhänge nicht kennt. Die roten Oberbürgermeister des Ruhrgebietes spitzen wieder den Mund, flöten aber nicht. Man hört jetzt nichts mehr von denen. Der Kuhlmann wird als Parlamentär vorgeschickt. Der kommt dann aus dem Ministerium heraus und sagt: "Alles okay, wir kriegen ja mehr!" Die Oberbürgermeister lassen sich von den Verwaltungen Rechnungen geben und sagen: "Der Kuhlmann hat das nicht verstanden. Zurück, marsch, marsch! Wir sind weiterhin dagegen!" Aber dann kam die große Welle innerhalb der SPD: Keiner darf mehr den Mund aufmachen!

(D)

Es geht noch weiter: Die SGK hat dagegen geschrieben; die Landräte haben dagegen geschrieben. Wir haben massenhaft Mitteilungen von Beschlüssen aus Kommunen, in denen die SPD die Mehrheit hat. Ich will mich hier auf einige Beispiele beschränken, bei denen Genossinnen und Genossen, die hier sitzen, draußen anders reden als hier.

Darum bin ich sehr dankbar, daß meine Fraktion dem Votum der Kommunalpolitiker gefolgt ist, darüber in den nächsten Tagen namentlich abzustimmen.

Da gibt es zunächst den Ennepe-Ruhr-Kreis. Da sitzt Herr Kamp, der SPD-Kollege. Einstimmiger Beschluß des Kreistages Ennepe-Ruhr-Kreis. Ich habe noch kein Wort gehört, daß Herr Kamp eine Äußerung getan hätte, daß er das nach wie vor als problematisch ansieht.

(Wagner (CDU))

- (A) Da ist uns eine Drucksache aus Wuppertal zugegangen. Die Kollegin Kraus ist dort geschätzte - so nehme ich an - Oberbürgermeisterin. Dort gibt es mehrere interessante Dinge. Da heißt es in einem Beschluß - ich darf zitieren, Frau Präsidentin -:

Für die Stabilität der Finanzausstattung der Stadt fordert der Rat auch Sicherheit der Finanzausweisungen des Landes in den kommenden Jahren. Deshalb wendet sich der Rat gegen die von der Landesregierung beabsichtigte Überführung der direkten städtischen Grunderwerbssteuerbeteiligung in den Steuerverbund des Finanzausgleichs. Angesichts steigender Aufwendungen genügt es nicht, den Kommunen insgesamt nur das Aufkommen des Finanzausgleichs nach dem Stand des Vorjahres zu überlassen. Die Konsolidierung des Landeshaushalts

- hören Sie gut zu, das ist keine CDU-Stimme -

darf nicht Jahr für Jahr in wesentlichen und immer neuen Teilen zu Lasten der Kommunen finanziert werden. Sie kann und muß im Landeshaushalt selbst ansetzen.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, der Kollege Wilmbusse wird nach mir sprechen und vielleicht wieder darauf hinweisen, das sei ja alles Polemik. Herr Kollege Wilmbusse, das war wirklich Originalität Ihrer geschätzten Kollegin Kraus.

(B)

(Wilmbusse (SPD): Ich komme darauf zurück!)

Es geht ja noch weiter. Da setzen sich die Landräte zusammen und sagen: Eine ganz schlimme Entwicklung, die da entstanden ist! Und da heißt es unter anderem - ich darf nochmals zitieren, weil das, Frau Präsidentin, auch für meine Kolleginnen und Kollegen bei der SPD sicherlich bemerkenswerte Überlegungen sind -:

Überlegungen auf Landesebene, den Kreisen und kreisfreien Städten ihren Anteil aus der Grunderwerbssteuer zu kürzen oder zu streichen und stattdessen als Einnahme für das Land zu verbuchen, sind bei Landrat Helmut Marmulla (SPD) auf Kritik gestoßen. In einer Nachricht an Ministerpräsident Johannes Rau und den zuständigen Innenminister, Dr. Herbert Schnoor, bittet er deshalb um Aufklärung. Falls solche Ideen tatsächlich existieren und beschlossen werden sollten - so Land-

rat Marmulla, der zugleich stellvertretender Vorstandsvorsitzender des Landkreises und SPD-MdL ist - muß mit heftigem Widerspruch unserer Kommunen, ihrer Spitzenverbände und

- das nächste unterstreiche ich -

negativen politischen Auswirkungen gerechnet werden. Seine ablehnende Haltung bezüglich einer Änderung der Grunderwerbssteuer zum Nachteil der Kreise und kreisfreien Städte begründet Marmulla so: "Die Auswirkungen der zu unseren Lasten geänderten Steuerverbundquote machen uns noch heute zu schaffen. Da scheint es mir finanzwirtschaftlich unrealistisch und politisch verfehlt, uns eine weitere Verschlechterung aufzubürden." Schließlich seien es ja gerade die Kommunen,

- nun hören Sie gut zu, meine sozialdemokratischen Freunde -

von denen eine weitere Verbesserung der gesamtwirtschaftlichen Lage erwartet würde. Marmulla: "Die Grunderwerbssteuer ist aber für die Kreise die letzte eigene Steuereinnahme und daher haushaltswirtschaftlich von besonderer Qualität."

Und es heißt dann abschließend:

Marmulla sprach sich deshalb mit Nachdruck dafür aus, diese Überlegungen auf Landesebene nicht weiter zu verfolgen, und machte eine Gegenrechnung auf. Marmulla: "Es ist vielmehr zu erwägen, ob den Kommunen nicht die gesamten Grunderwerbssteuereinnahmen überlassen werden sollten."

Ich kann Ihnen nur sagen: Herzlichen Glückwunsch! Stellen Sie einen Antrag! Die CDU stimmt zu.

(Beifall bei der CDU)

Nun kann ich mir vorstellen, daß die SPD diese Presseerklärung des Landkreises Recklinghausen auch hat; sie wird aber sagen, die sei vom Juli. Damit ich dann nicht wieder hier herauf muß, will ich schon sagen: Herr Marmulla hat mit allen fünf Landkreisen des Münsterlandes am 5. Dezember genau dies noch einmal erklärt.

Sehen Sie: Das ist der Unterschied zwischen der SPD und der CDU. Im Ruhrgebiet sagt man übrigens rundheraus: Die schwindeln. Das ist auch richtig, wenn man kein schlechteres Wort gebrauchen will. Man sagt nämlich an der Basis etwas anderes als das,

(Wagner (CDU))

- (A) was man hier realisieren will. Das ist un wahr, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU)

Sie sollten sich vornehmen, diese Doppelzünftigigkeit abzulegen. Denn wir kommen Ihnen nicht nur heute, wir kommen Ihnen auch in Zukunft auf die Schliche und werden draußen erklären, was die Bürgerinnen und Bürger von Ihrer Politik zu erwarten haben.

Wir haben das nicht nur vor Ort als eine schlechte Politik bezeichnet, sondern wir haben auch hier angesprochen, wie es eigentlich laufen sollte. Ich habe den Eindruck, daß diese Doppelzünftigigkeit als Problem nicht nur bei der Grunderwerbssteuer deutlich wird. Das ist generell das Problem der SPD, nicht nur in Nordrhein-Westfalen, sondern in der gesamten Strategie. Das ist bundesweit das Problem der SPD. Sie merken inzwischen ja auch, woher der Wind weht, meine Damen und Herren. Nachdem das bis in die eigene Partei des Landesvorsitzenden der SPD hineingeht, glaube ich feststellen zu können: Auch hier wird gespalten und nicht versöhnt.

Lassen Sie mich abschließend noch einmal die Kollegin Kraus zitieren. Das ist ja so schön. Man braucht gar nicht zu arbeiten: Die Kollegen sind ja so gegen die Regierung eingestellt. Da hilft nur noch Wut im Bauch, Mund zu - schreiben ja, aber im Landtag die Schnauze halten! Abschließend also noch einmal ein Zitat der Kollegin Kraus:

(B)

Die Konsolidierung des Landeshaushalts darf nicht Jahr für Jahr in wesentlichen und immer neuen Teilen zu Lasten der Kommunen finanziert werden. Sie kann und muß im Landeshaushalt selbst ansetzen.

Auch das kein Zitat eines CDU-Freundes.

Dieses ganze Problem kennen auch die Minister Posser und Schnoor, meine Damen und Herren. Deshalb möchte ich Ihnen abschließend in Abwandlung eines Zitats das Ihre linken Parteifreunde so gerne benutzen, zurufen: Stellen Sie sich vor, meine Herren, es geht. Nur, Sie wollen nicht.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Frau Vizepräsident Friebe: Für die Fraktion der F.D.P. erteile ich Herrn Abg. Wickel das Wort.

Wickel (F.D.P.): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Es ist meiner Meinung nach schon fast infam, gestandene und geschätzte Kommunalpolitiker hierher zu

schicken und sie Erklärungen abgeben zu lassen, daß dieses Gemeindefinanzierungs-gesetz noch ein ordentliches Gesetz sei.

(C)

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU)

Die Kollegin Friebe hat zwei bemerkenswerte Ausführungen gemacht. Sie hat erstens gesagt, das sei die verteilungsgerechteste Lösung. Das kann ich nur so interpretieren: Wenn alle gleich arm sind, dann ist das gerecht.

Sie hat zweitens gesagt: Die Finanzlage des Landes erfordert sie. Meine Damen und Herren, hier müssen wir einfach immer wieder fragend darauf hinweisen: Wer hat denn eigentlich die Finanzlage des Landes verschuldet? Und wieso erfordert es, daß die Kommunen jetzt eine Politik einschneiden sollen, die sie nicht zu verantworten haben? Diese beiden Aussagen kann man als Kommunalpolitiker nur auf das schärfste zurückweisen, weil sie weder den Punkt noch die Sache treffen, sondern schlicht und ergreifend falsch sind.

(Zustimmung bei F.D.P. und CDU)

Kollegin Friebe hat noch etwas gesagt: Im nächsten Jahr sollen wir gemeinsam versuchen, die Gemeindefinanzen in Ordnung zu bringen. Wir nehmen jedes Angebot der Gemeinsamkeit an, aber nicht immer dann, wenn Sie nicht mehr weiter wissen, sondern wir sollen auch gemeinsam arbeiten, wie es jetzt unter Kommunalpolitikern normalerweise eine einheitliche Front geben sollte.

(D)

Mit diesem Gemeindefinanzierungsgesetz wird ja etwas ganz besonders deutlich: daß die Kommunen, die bisher gespart haben, die sparsam gewirtschaftet haben, dafür bestraft werden. Das sind natürlich ganz neue Normen, die wir in die Politik einführen, daß der, der fleißig und sparsam ist, bestraft wird, weil er diese Tugenden gepflegt hat.

Wir dürfen doch immer nicht vergessen, daß die Mittel aus der Grunderwerbsteuer, die uns jetzt fehlen, für uns in den Kommunen investive Mittel waren, Mittel, mit denen wir Investitionen betrieben haben, und die werden jetzt gebraucht, um die Schulden des Landes auszugleichen, die Liquidität herzustellen, das heißt, sie verschwinden im konsumtiven Bereich und können vor Ort nicht mehr investiv eingesetzt werden.

(Beifall bei der F.D.P. - Stump (CDU): Sehr richtig!)

Eine ganz schlimme Sache, meine Damen und Herren, wobei jedoch die Begleitmusik, die

(Vickel (F.D.P.))

- (A) von der Landesregierung dazu gespielt wird, hinzukommt! Da kommen Bewilligungsbescheide zu spät, da kommen praktisch erst im Oktober Ausschreibungen zustande; da wissen wir gar nicht, ob die Maßnahmen in diesem Jahr noch durchgeführt werden können, und das Land erspart sich dann wieder seine entsprechenden Mittel. Die Reste müssen ja von irgend etwas entstanden sein.

Wie soll das, wenn die Situation jetzt schon so ist, im kommenden Jahr weitergehen? Folge ich dem Kollegen Dr. Riemer, dann kommt im nächsten Jahr wieder der Schritt der Verbundsatzsenkung. Danach fällt Ihnen vielleicht noch einmal etwas ein, aber dann geht wirklich überhaupt nichts mehr.

Meine Damen und Herren! Hier wurde doch eben in der Diskussion gesagt, die Gemeinden können damit leben. Ich frage mich nur, wie ein verantwortungsvoller Kommunalpolitiker bei dieser Wegnahme von insgesamt fast 10 Milliarden DM seit 1982 sich hier oben hinstellen und sagen kann: Die Kommunen können damit leben. Wir sollten diese Protokollaussagen den Kommunalpolitikern tatsächlich einmal zur Verfügung stellen.

Es kommt noch eines hinzu: Nirgendwo ist bisher beim Gemeindefinanzierungsgesetz die Aussage der Spitzenverbände so deutlich gewesen wie in diesem Jahr. Wenn Sie jetzt einmal überlegen, wie die Spitzenverbände zusammengesetzt sind und daß diese Spitzenverbände praktisch nur mehrheitliche Beschlüsse fassen können, nämlich mit 75 % der Anwesenden, kann man sich ungefähr vorstellen, was in den Spitzenverbänden los gewesen sein muß, was bei den Kommunalpolitikern los gewesen sein muß, wenn es zu solchen Appellen an den Landtag, an die Landesregierung, an die SPD-Mehrheitsfraktion kommt, diesen Grunderwerbsteuerentzug nicht durchzuführen.

Der Innenminister wird sich vielleicht gleich hier hinstellen und sagen: Das Selbstverwaltungsrecht wird nicht angetastet. Ich kann darauf nur antworten: Eine Selbstverwaltung ohne Budgetrechte ist keine mehr.

(Stump (CDU): Richtig!)

Sie gehen nicht nur gleichzeitig hin und nehmen den Kommunen das Geld weg, nein, Sie zerstören, durchlöchern auch die kommunale Selbstverwaltung.

(Zustimmung bei F.D.P. und CDU)

Genau das muß jeder SPD-Abgeordnete in diesem Hause, der zugleich Kommunalpolitiker

ist, sich einfach vorhalten lassen, daß er hier auch gegen die Selbstverwaltung in den Kommunen antritt.

Horst-Ludwig Riemer hat es sehr deutlich gesagt: Auch die Mentalität, die hier eingegraben ist, stört; die Mentalität, immer eine Reservekasse in Anspruch zu nehmen, nämlich die Reservekasse Kommune, wenn Landtag und Landesregierung mit ihrer Mehrheit nicht mehr weiter wissen.

Meine Damen und Herren, das muß einfach tagtäglich, das müßte minütlich jedem in diesem Lande gesagt werden: Wer 17 Millionen DM Zinsen am Tag zahlen muß für die Schulden der letzten Jahre, der hat weder das Recht, die Kommunen arm zu machen, noch darf er die kommunale Selbstverwaltung kaputt machen.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Hier wird ein Etikettenschwindel reinsten Wassers mit kommunalen Mitteln betrieben, und hier wird eine Bürgerschröpfung verursacht, die wir vor Ort letztlich weitergeben. Gucken Sie sich bitte die Gebührenbescheide der letzten fünf Jahre an, und setzen Sie die in Relation zu den Grundsteuern. Da haben die Gebühren inzwischen Sprünge und Belastungsgrößen erreicht, die jeden Bürger vor Ort treffen, denn er zahlt in der Miete das, was über die Gebühren auf ihn zukommt.

(Schleußer (SPD): Welche Gebühren?)

- Sämtliche Gebühren, die wir in den Kommunen haben, die wir einfach praktisch bis zum letzten ausschöpfen.

(Schleußer (SPD): Das hat doch nichts mit den Landesmitteln zu tun!)

- Das ist klar. Wenn Sie so antworten, dann lassen Sie den Kommunen ihre Mittel und holen Sie nicht den Kommunen die Mittel weg und tun sie in die Landesmittel hinein. Dann hätten Sie recht, aber nicht so.

(Beifall bei der F.D.P. - Zuruf des Abg. Jaax (SPD))

Es kommt noch eines hinzu, lieber Herr Kollege aus Troisdorf: Sie schaukeln uns ja dauernd mit dem fiktiven Hebesatz pro Jahr hoch.

(Minister Dr. Schnoor schüttelt den Kopf.)

(Wickel (F.D.P.))

- (A) - Das paßt Ihnen nicht, Herr Innenminister, das verstehe ich. Das ist ja das Spiel: ein Jahr dieses, ein Jahr jenes.

(Minister Dr. Schnoor: Der ist doch konstant! - Wilmbusse (SPD): Was wollen Sie denn überhaupt? Die werden doch gar nicht angehoben.)

- Sehr schön, ich habe ja nur gewartet, bis Sie ausgeredet hatten. Sie haben gesagt, er ist konstant. Er ist aber konstant in der Veränderung, weil Sie uns jetzt die Grunderwerbsteuer wegholen. Ich kann ihnen zig Kommunen in diesem Land nennen, die jetzt die Gewerbesteuerhebesätze erhöhen müssen, damit sie die Mittel ausgleichen, die Sie ihnen weggeholt haben.

(Beifall bei der F.D.P. - Wilmbusse (SPD): Aber Sie haben doch eben von den fiktiven Hebesätzen geredet!)

Ihre Fiktion hat doch dazu geführt, daß bereits die Basis sehr hoch ist, auf der man jetzt noch weiter hochgehen muß. Die Dinge gehören eben alle zusammen, und hier wird Sparsamkeit, wie ich es eingangs gesagt habe, tatsächlich bestraft.

Herr Kollege Schwirtz sagte eben, die Grundsteuer B könnte erhöht werden. Es wird Kommunen geben, die in diesem Jahr die Grundsteuer B erhöhen müssen, da sie einfach haushaltstechnisch sonst nicht in der Lage sind, den Haushalt auszugleichen, weil Sie ihnen diese Einnahmen weggenommen haben. Genau das trifft jeden Mieter und jeden, der ein bißchen Eigentum hat.

(B)

Meine Damen und Herren, Sie als Kommunalpolitiker glauben doch nicht, daß wir die Anteile aus der Grunderwerbsteuer jemals wiederbekommen. Die sind jetzt und für alle Zeiten verschwunden. Das ist das Gefährliche an dieser Manipulation, die man in diesem Jahr durchführt, daß man den Verbundsatz, aus welchen Gründen auch immer, nicht absenken wollte, aber uns hier eine eigene Einnahmequelle, wenn Sie so wollen, auf Ewigkeit weggenommen hat.

Ich sagte vorhin, in der Sozialdemokratie spielt der Ausdruck "gerecht" eine so große Rolle. Es kommt tatsächlich dazu, daß die Gerechtigkeit Ihrer Anschauung dazu führt, daß alle gleich arm sind. Wir wollen nicht, daß Kommunen in diesem Lande alle gleich arm sind. Wir wollen auch nicht, daß das eintritt, was hier eben viel besprochen wurde, daß die Wettbewerbsvorteile der süddeutschen Länder in Permanenz steigen, weil hier eine Politik gemacht wird, die den Kommunen das Umfeld erschwert.

(Trinius (SPD): Stimmt nicht.)

Herr Trinius, das ist nachzuweisen. Das ist nachzuweisen! (C)

Es kommt noch eines hinzu, Herr Trinius: Wer ein Land so herunterwirtschaftet, daß er 17 Millionen DM Zinsen täglich für die Schulden der letzten Jahre zahlen muß und auf 100 Milliarden DM Verschuldung kommt, der kann nicht sagen, das stimme nicht. Der muß sich daran messen lassen.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Wir, meine Damen und Herren, wollen nicht, daß die Kommunen noch genauso heruntergewirtschaftet werden wie dieses Land.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Frau Vizepräsident Friebe: Für die Fraktion der SPD spricht Herr Abg. Wilmbusse. Bitte sehr!

Wilmbusse (SPD): Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Zuweisungen des Landes an die Gemeinden steigen im Vergleich 1986 zu 1987 nur um 43 Millionen DM. Kein Kommunalpolitiker kann darüber jubeln. Zu Recht, meine ich, weisen Räte und Kämmerer darauf hin, daß die Ausgaben der Gemeinden auch zwangsläufig steigen. Tarifabschlüsse gelten auch für das Personal der Gemeinden. Wenn dann die Landeszuweisungen, die fast 30 % der Gemeindeeinnahmen ausmachen, nicht steigen, muß bei den Gemeinden an anderen Stellen des Gemeindeaushalts um so drastischer gespart werden. (D)

Das ist alles nicht zum Jubeln, und es ist sicherlich das gute Recht, vielleicht sogar die Pflicht der Opposition, auf diese Probleme hinzuweisen. Aber die Frage ist, wie sie das tut, ob sie in ihren Argumenten überzeugt und ihrer gesamten Haushaltspolitik konsequent ist. Da haben Sie, meine Herren von der CDU und F.D.P., heute nun wirklich keine Sternstunde gehabt.

(Beifall bei der SPD)

Ich dachte, Herr Stump, gerade an Ihrem Geburtstag würden Sie ein bißchen die Schimpferei lassen und würden zu einer objektiven Betrachtung der Angelegenheit kommen. Da habe ich mich getäuscht. Und wenn Herr Wickel davon redet, wie sich denn bei dieser Sachlage hier ein verantwortlicher Kommunalpolitiker hinstellen könne und so etwas verteidigen, dann muß ich fragen: Wie kann sich eigentlich ein verantwortlicher Landespolitiker hier hinstellen und eine Debatte führen, in der das eigentliche Problem, um das es geht, mit keinem Wort ange-

(Wilmbusse (SPD))

- (A) sprochen wird, nämlich das Problem, daß wir die Konsolidierung des Landeshaushalts ebenfalls im Auge haben müssen!

(Beifall bei der SPD - Zuruf des Abg. Riscop (CDU))

Das alles spielt bei Ihnen überhaupt gar keine Rolle. Stattdessen bringen Sie Beschimpfungen und Verdrehungen und Halbwahrheiten. Ihre Beiträge - ich habe sie mir heute morgen nun wirklich sehr gut angehört - sind einmal gekennzeichnet von Einäugigkeit. Einäugigkeit deshalb, weil Sie die Schuld für die Probleme der Gemeindefinanzen nur im Land suchen, ohne zur Kenntnis nehmen zu wollen oder zu können - vielleicht dürfen Sie sie wegen des Wahlkampfes auch nicht zur Kenntnis nehmen -, daß die Hauptsache für die Probleme in der falschen Politik der Bundesregierung zu suchen ist.

(Beifall bei der SPD - Lachen bei der CDU und F.D.P.)

- Ich komme darauf zurück.

Ihre Beiträge waren aber nicht nur gekennzeichnet von Einäugigkeit, sondern auch von Konzeptionslosigkeit. Sie beklagen bei den Gemeindefinanzen, daß das Land im übrigen Haushalt nicht genügend spare.

(Wagner (CDU): Richtig.)

- (B) Richtig. Sie beklagen zweitens die hohe Verschuldung des Landes.

(Wagner (CDU): Richtig.)

- Da sagen Sie auch: richtig. Gleichzeitig fordern Sie immer neue Ausgaben: Nicht nur die Erhöhung der Zuweisungen an die Gemeinden, sondern auch im übrigen Landeshaushalt.

(Zuruf von der SPD: Ist auch richtig!)

Merken Sie eigentlich nicht, wie unglaublich Sie sich damit machen? Nun haben Sie ja einen Antrag vorgelegt. Sie haben ihn schon im Ausschuß angekündigt und haben gesagt, dieser Antrag würde nun Ihre Grundsatzzposition ausmachen. Als Ausgangspunkt dieses Antrages dient Ihnen die Regierungserklärung des Ministerpräsidenten von 1980, in der vom Gleichschritt der Finanzausstattung des Landes und der Gemeinden gesprochen wird. Es drängt sich gleich die Frage auf: Warum nehmen Sie eigentlich nicht die Regierungserklärung von 1985 dazu? Denn das ist doch wohl die aktuelle.

(Zuruf von der CDU)

Ich habe sie mir noch einmal herausgesucht. Da steht drin: Das Land kann seiner finanziellen Verantwortung für die Gemeinden nur gerecht werden, wenn seine eigene finanzielle Leistungsfähigkeit dauerhaft gewährleistet bleibt. Darum müssen wir eine gleichmäßige Finanzentwicklung von Land und Gemeinden sicherstellen.

(Beifall bei der SPD - Zurufe von der CDU)

Gut, darauf wollte ich gerne zu sprechen kommen.

Wie sieht das denn mit der gleichmäßigen Finanzentwicklung von Land und Gemeinden aus? Denn wir wissen alle: Land und Gemeinden sind in einer unlösbaren finanziellen Schicksalsgemeinschaft zusammengeschlossen, aus der weder der eine noch der andere Partner entfliehen kann. Die Finanzzuweisungen an die Gemeinden machen rund 13,7 Milliarden DM aus, das sind 23 % aller Landesausgaben. Sie sind nach den Personalausgaben, die rund 40 % erfordern, der zweitgrößte Ausgabenblock. Jede erfolgreiche Konsolidierungspolitik des Landes muß diese beiden größten Ausgabeblöcke einschließen.

Nun wissen wir ja, wie das bei dem größten Ausgabeblock ist: bei den Personalausgaben. Wir wissen das schon von den Gemeinden her, wir wissen es vom Land auch. Die steigen ganz zwangsläufig stärker an, insbesondere beim Land, und zwar wegen des großen Anteils an Lebenszeitbeamten des gehobenen und höheren Dienstes, vor allem Lehrer aber auch Hochschullehrer. Sie sind nur wenig beweglich und infolge der Zuständigkeit des Bundes im wesentlichen der Gestaltungsfähigkeit des Landes entzogen. Obwohl der Haushaltsentwurf 1987 vorsieht, weitere rund 3 600 Stellen einzusparen, müssen die Personalausgaben aus den oben genannten Gründen gegenüber 1986 um rund 930 Millionen DM ansteigen. Das war der erste Punkt

Zweiter Punkt: Wegen der starken Neuverschuldung des Landes müssen die Zinsausgaben um rund 340 Millionen DM steigen.

(Zuruf des Abg. Wagner (CDU))

- Ich trage doch nur vor. Ich weiß gar nicht, was Sie dagegen haben. Das sind doch wohl Zahlen, die unbestritten sind.

Die Neuverschuldung des Landes soll 1987 gegenüber diesem Jahr um rund 1,2 oder 1,3 Milliarden DM auf rund 5,6 Milliarden DM zurückgenommen werden. Allein diese drei Positionen - Mehrausgaben für Personal,

(Wilmbusse (SPD))

- (A) Mehrausgaben für Zinsen und die Rückführung der Nettokreditverschuldung - machen zusammen rund 2,4 Milliarden DM aus.

(Wagner (CDU): Wer ist denn daran schuld?)

Wir haben auf der anderen Seite eine Steuermehreinnahme von rund 2,5 Milliarden DM, die damit praktisch aufgezehrt ist, so daß für ein Anwachsen der Kosten, der Ausgaben eigentlich kein Raum mehr ist. Dafür bleiben 100 Millionen DM. Das ist der eine Punkt. Ich rede immer noch von der Gleichmäßigkeit der Finanzentwicklung bei Ländern und Gemeinden. So sieht das beim Land aus.

Wie sieht es bei den Schulden aus? Die Finanzentwicklung auf der kommunalen Ebene hat sich trotz der großen Unterschiede, die es dabei von Gemeinde zu Gemeinde gibt, insgesamt seit Jahren günstiger gestaltet als beim Land. Allein im vergangenen Jahr stand einer Nettokreditaufnahme des Landes von über 7,2 Milliarden DM bei den gesamten Kommunen des Landes Nordrhein-Westfalen ein Betrag von 700 Millionen DM gegenüber.

Wenn ich das einmal auf die Zinsen zurückführe: Während die Zinsausgaben der Kommunen in den vergangenen drei Jahren, also von 1983 bis 1985, beständig - insgesamt um 7 % - zurückgegangen sind, haben sie beim Land in dem genannten Zeitraum ebenso beständig - um insgesamt 45 % - zugenommen. Im Haushaltsjahr 1986 nimmt die Zinsquote des Landes weiter auf 10,8 % zu, während sie sich bei den Kommunen weiter - auf insgesamt 6,2 % - ermäßigt.

(B)

(Wagner (CDU): Das ist ja das Traurige, die Neuverschuldung!)

6,2 %! So sieht es aus, wenn ich gegenüberstelle: Finanzentwicklung des Landes gegenüber der Finanzsituation bei den Gemeinden. Dann stellen Sie sich hierher, halten Beiträge und erwähnen dieses Problem, nämlich die Notwendigkeit der Konsolidierung des Landeshaushalts, mit keinem Wort. Das finde ich nicht gut.

Nun behaupten Sie, das Land spare nicht genug. Dadurch könnte man die Angelegenheit schon regeln. Es gehört wirklich schon ein gehöriges Maß an Dreistigkeit dazu, so etwas zu behaupten, wenn zugleich Ihr Fraktionsvorsitzender das Gegenteil fordert.

(Dautzenberg (CDU): Wer kann die SPD an Dreistigkeit schon überbieten?)

Ich habe mir damals die Darstellungen in Pressemitteilungen aufbewahrt und darf - mit

Ihrer Genehmigung, Frau Präsidentin - aus einem Kommentar von Marcel Gärtner nach einer Pressekonferenz Ihres Fraktionsvorsitzenden, Herrn Dr. Worms, zitieren:

(C)

Während die Union bei allen Haushaltsberatungen die Konsolidierung der Staatsfinanzen fordert, also einen engen Sparskurs mit weniger Staatsschulden, kritisierte Worms heute, daß das Land den Gemeinden zu wenig Geld gebe, daß der Wohnungsbau unter die Räder komme, daß zu viele alte Krankenhäuser zu lange auf die Sanierungsmittel warten müßten,

(Schauerte (CDU): Richtig!)

daß nicht genügend Kindergärten gebaut würden und daß für die Förderung der Zukunftstechnologie zu wenig Geld ausgegeben würde.

Das mag möglicherweise alles richtig sein, aber merken Sie nicht, daß Ihr Fraktionsvorsitzender genau das Gegenteil von dem fordert, was Sie hier heute morgen fordern, nämlich daß das Land in den übrigen Gebieten mehr Geld ausgeben soll?

Ich habe gar nicht lange zu suchen brauchen. Ich brauchte nur die Anträge zu nehmen, die Sie zum Landeshaushalt vorgelegt haben, zum Beispiel Drucksache 10/1598. Darin geht es um den Minister für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft. In diesem Zusammenhang fordern Sie die bessere personelle und sächliche Ausstattung der Gewerbeaufsicht, des Staatlichen Amtes für Wasser- und Abfallwirtschaft. Oder beim Krankenhaus: 50 Millionen DM mehr für Schuldendiensthilfen an Landeskrankenhäuser. Oder bei den Universitäten: Die Mittel für Lehre und Forschung, Großgeräte, Datenverarbeitungsanlagen, Bibliotheken bleiben weit hinter dem von Wissenschaftsorganisationen für nötig gehaltenen Niveau und müssen aufgestockt werden. So könnte ich Ihnen noch viele Beispiele zeigen. Ich behaupte, es ist dreist, auf der einen Seite zu sagen, das Land spare nicht genug, und auf der anderen Seite immer höhere Ausgaben zu fordern.

(D)

Frau Vizepräsident Friebe: Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Stump?

(Wilmbusse (SPD): Ja, bitte!)

Bitte schön, Herr Abgeordneter!

Stump (CDU): Herr Kollege Wilmbusse, teilen Sie meine Auffassung, wenn die Landesregierung im eigenen Haushalt bei Personal- und

(Stump (CDU))

- (A) Sachkosten einmal anfangen würde zu sparen - beginnend in der Staatskanzlei -, daß damit ausreichend Mittel frei würden, den Haushalt weiter zu konsolidieren und neue Investitionskraft freizusetzen?

(Aigner (SPD): Herzlichen Glückwunsch!)

Wilbusse (SPD): Ich verstehe Ihre Frage überhaupt nicht, Herr Stump. Haben Sie nicht zugehört? Ich habe Ihnen doch gerade aus Ihren eigenen Anträgen vorgelesen, daß Sie nicht Personal einsparen wollen, sondern wollen, daß das Land mehr Personal einstellt. Ich behaupte, Sie sind inkonsequent und leisten überhaupt keinen Beitrag zu den Problemen, die dieses Land hat.

(Zustimmung bei der SPD)

Im übrigen: Daß der Beitrag der Gemeinden zur Konsolidierung bei Ihnen plötzlich über 10 Milliarden DM ausmacht, wundert mich. Es mag sein; ich habe es nicht nachgerechnet.

(Schauerte (CDU): Das sollten Sie aber!)

- Aber, Herr Schauerte, Sie gehen von 1980 aus und sagen, damals hätten wir 28,5 % Verbundbetrag gehabt.

(Schauerte (CDU): Das waren gute Zeiten!)

- (B) - Das waren gute Zeiten; das ist sicherlich richtig.

Wenn Sie denn sagen, die Gemeinden hätten 10 Milliarden DM beigetragen, so war das ja wohl nur möglich, weil das Land Nordrhein-Westfalen den Gemeinden mehr als alle anderen Flächenländer zugewendet hat. Heute haben wir einen Verbundbetrag von 23 Punkten. Das haben Sie in den anderen CDU-regierten Ländern schon lange.

Ich möchte wissen, was wohl in diesem Land los gewesen wäre, wenn hier die CDU schon immer an der Regierung gewesen wäre. Das dürften Sie nicht verschweigen.

(Zustimmung bei der SPD)

Frau Vizepräsident Friebe: Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Schauerte?

(Wilbusse (SPD): Aber gerne!)

- Bitte schön!

Schauerte (CDU): Herr Kollege Wilbusse, wollen Sie mit dieser Feststellung behaupten, daß 1980, als das Land bereits 8 Milliarden DM neue Schulden aufnahm, den Gemeinden zuviel gezahlt wurde?

(Aigner (SPD): Das ist mehr als in den CDU-regierten Ländern!)

Wilbusse (SPD): Nein. - Ich behaupte, Herr Schauerte, daß das Land nicht auf 23 Punkte hätte herunterfahren können, wenn es schon 1980 nur 23 Punkte gegeben hätte wie in den anderen in der Mehrzahl CDU-regierten Ländern. Das, was Sie hier heute kritisieren, wird von genau Ihren Parteikollegen in anderen Ländern schon seit Jahren praktiziert. So sieht die Wirklichkeit aus.

(Zustimmung bei der SPD - Zurufe des Abg. Aigner (SPD))

Aber dann haben Sie auf die Regierungserklärung abgehoben. Da dachte ich mir: Wie sieht es denn eigentlich, wenn ich denn hier schon vom Bund spreche, da bei der Regierungserklärung aus? Ich habe mir das einmal herausgesucht. Dort heißt es in der Regierungserklärung der Bundesregierung vom 4. Mai 1983 - ich darf zitieren, Frau Präsidentin -:

Die Gemeinden brauchen Handlungsspielraum. Ihnen und den Ländern darf der Bund nicht seine Lasten zuschieben. Wir werden die Konsolidierung des Bundeshaushalts nicht zu Lasten von Ländern vornehmen; denn auch sie sind Hauptträger öffentlicher Investitionen.

Ja, wie sieht das denn nun tatsächlich aus? - Herr Schauerte, Sie haben dazu eine kleine Anfrage gestellt; das fand ich ganz interessant. Darin ist ja einmal dargestellt, wenn ich das noch richtig in Erinnerung habe: Von 1980 bis 1986 haben die Gemeinden einen Einnahmefehl von 3,25 Milliarden DM durch die Gesetzgebung des Bundes. Oder im einzelnen: 1986 Einkommensteuerminderung von ca. 430 Millionen DM, 1987 von 494 Millionen DM, 1988 von 826 Millionen DM.

Es gibt auch Darstellungen, was das denn für die einzelnen Gemeinden ausmacht. Wenn ich sehe, daß das für Düsseldorf allein 19,5 Millionen DM oder für Oberhausen, Herr Wagner, 5,5 Millionen DM, für Wuppertal - das haben Sie vorhin immer zitiert - 10,8 Millionen DM und insgesamt in 1986 204 Millionen DM ausmacht, dann, meine ich, wäre das nicht richtig.

Aber die Bundesregierung hat ja weiter gesagt, sie wolle die Lasten nicht den Län-

(Wilmbusse (SPD))

- (A) dern und den Gemeinden zuschieben. Wie sieht es denn tatsächlich aus? - Heute zahlen die Gemeinden an Sozialhilfekosten 8,5 Milliarden DM; 1980 waren es noch 6 Milliarden DM. In Herne zum Beispiel sind von 1982 an die Sozialhilfekosten von 60 Millionen DM auf über 100 Millionen DM gestiegen,

(Wagner (CDU): Über die Hälfte!)

in Düsseldorf von 176 Millionen auf 209 Millionen DM oder, da Sie vorhin Herrn Marmulla zitiert haben, im Kreis Recklinghausen von 176 Millionen auf 236 Millionen DM.

(Zuruf des Abg. Wagner (CDU))

Da liegen doch die eigentlichen Probleme, die Sie überhaupt nicht zur Kenntnis nehmen wollen.

(Zustimmung bei der SPD)

Nun haben Sie vorhin etwas zur Gewerbesteuer gesagt, was ich auch nicht so recht verstanden habe. Herr Riemer, Sie haben vorhin gesagt, das sei also ganz schlimm, daß bei dieser Gewerbesteuer eine Nivellierung einträte und die Kommunen kein Interesse mehr hätten, Betriebe anzusiedeln, weil sie denn die Früchte dieser Ansiedelung nicht mehr tragen würden.

(Schauerte (CDU): Das ist leider so!)

- (B) Das hat mich sehr interessiert. Denn wenn ich das richtig weiß, war es doch gerade die F.D.P., die die CDU in Niedersachsen zu einer Regierungserklärung gedrängt hat, in der die Abschaffung der Gewerbesteuer gefordert wird. Da liegen doch die tatsächlichen Probleme.

(Schauerte (CDU): Das ist doch nicht wahr!)

Darum sollten Sie sich doch überhaupt nicht herummogeln, Herr Stump. Ich verstehe gar nicht, wenn Sie hier sagen, die Gewerbesteuer sei nicht in Gefahr,

(Zuruf des Abg. Stump (CDU))

sie sei für Sie überhaupt kein Thema. Sie können doch gar nicht so blind und blauäugig sein, daß Sie nicht sehen, daß der Bundeskanzler eine Garantie nur bis zum Ende dieser Legislaturperiode gegeben hat.

(Zustimmung bei Abgeordneten der SPD)

Sie haben vorhin immer die kommunalen Spitzenverbände zitiert. Dann hören Sie doch

einmal zu oder lesen Sie, was die gerade zu dieser Gewerbesteuer sagen; denn die kommunalen Spitzenverbände zum Beispiel haben sich hingesetzt und ein Ersatzmodell ausgearbeitet.

(C)

Das ist übrigens für mich der Punkt. Wir haben Ihnen heute einen Entschließungsantrag vorgelegt - mein Kollege, Herr Schwirtz, hat ihn ja hier begründet -, bei dem wir mal sehen wollen, ob Sie diesem Entschließungsantrag zustimmen, ob es Ihnen denn tatsächlich um das Interesse der Gemeinden geht oder ob es hier nur um Theaterdonner geht.

Und dann dieses ganze Theater mit der Grunderwerbsteuer! Sie wollen überhaupt nicht zur Kenntnis nehmen, daß mit dem Wegfall des Grunderwerbsteuerverteilungsgesetzes und mit der Aufnahme in die Verbundmasse ein Verteilungseffekt erzielt wird. Und wenn Sie den Herrn Kollegen Marmulla vorhin hier zitiert haben, dann müssen Sie ganz einfach zur Kenntnis nehmen, daß durch diese Art und Weise der Verteilung die Gemeinden im Kreise Recklinghausen mehrere Millionen Mark mehr bekommen.

(Zuruf von der CDU)

Ich frage mich auch, wie denn die CDU-Vertreter des Kreises Recklinghausen hier stimmen werden - ob sie im Interesse des Kreises Recklinghausen dem Gesetzentwurf zustimmen oder ihn ablehnen werden.

(Schauerte (CDU): Das ist doch Quatsch! - Zuruf von der CDU: Sie produzieren ein Thema, das gar nicht da ist!)

(D)

Da ist doch der Punkt.

(Weitere Zurufe von der CDU - Glocke der Präsidentin)

Frau Vizepräsident Friebe: Herr Kollege, kommen Sie bitte langsam zum Schluß. Ihre Redezeit ist dann abgelaufen.

Wilmbusse (SPD): Danke schön. - Ich soll zum Schluß kommen. Ich will das auch gerne tun. Ich muß sagen, wir haben uns redlich bemüht, hier zu einem gerechten Ausgleich zu kommen. Sie, meine Damen und Herren von der Opposition, haben uns nicht dabei geholfen. Ich habe auch den Eindruck, daß es Ihnen nicht um die Gemeinden geht, sondern Ihnen geht es hier um Wahlkampf.

Zum Schluß nur eins: Sowohl Herr Stump wie Herr Wagner haben eine Resolution

(Zuruf des Abg. Wagner (CDU))

(Wilmbusse (SPD))

- (A) der Stadt Wuppertal zitiert. Sie haben sich irgendwo ganz hinten einen Satz weggeholt,

(Weiterer Zuruf des Abg. Wagner (CDU))

der Ihnen in den Kram paßte. Sie haben aber verschwiegen, daß dort zum Beispiel drinsteht, aufgrund des Steuersenkungsgesetzes des Bundes 1986 bis 1988 verliere die Stadt Wuppertal innerhalb der kommenden drei Jahre mehr als 80 Millionen DM.

(Zuruf des Abg. Schauerte (CDU))

Sie haben verschwiegen, daß hier drinsteht, innerhalb von fünf Jahren sei der Aufwand der Stadt für die Sozialhilfe zum Lebensunterhalt von 25 Millionen auf 65 Millionen DM angestiegen. Dieser Anstieg sei im wesentlichen durch die Kürzungen der Sozialleistungen des Bundes und sein Versagen in der Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik verursacht worden. Das haben Sie alles verschwiegen!

(Zustimmung bei der SPD)

Ihnen geht es überhaupt nicht darum, daß hier die Wahrheit auf den Tisch kommt. Das ist nicht im Interesse der Gemeinden.

(Beifall bei der SPD - Zurufe der Abgeordneten Wagner und Stump sowie weiterer Abgeordneter der CDU)

- (B) Frau Vizepräsident Friebe: Für die Landesregierung darf ich jetzt unserem Kommunalminister, Herrn Dr. Schnoor, das Wort erteilen.

Dr. Schnoor, Innenminister: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich habe sehr aufmerksam zugehört und auf mich wirken lassen, was die Kollegen der Opposition aus CDU und F.D.P. vorgetragen haben. Wenn man das auf sich wirken läßt, kann man nur zu folgendem Schluß kommen: Entweder es fehlt Ihnen die Kompetenz in diesen Fragen oder die Seriosität; eines von beiden müssen Sie sich anhängen lassen.

(Zustimmung bei der SPD - Pfui-Rufe bei der CDU - Dautzenberg (CDU): Schnoor auch Zensurminister! - Weitere Zurufe von der CDU)

Wir haben für die Gemeinden insgesamt Zuweisungen in Höhe von rund 13,7 Milliarden DM vorgesehen. Die Gemeinden hätten, wenn man keine Kürzungen, keine Änderungen vorgenommen hätte, 435 Millionen DM mehr bekommen. Richtig!

Sie müssen sich konsequent verhalten, wenn Sie kompetent oder wenn Sie seriös sein wollen.

(Zurufe von der CDU: Beides!)

Wenn man den Gemeinden diese 435 Millionen DM belassen will

(Abg. Stump (CDU) meldet sich zu einer Zwischenfrage.)

- nein, ich möchte diesen Punkt jetzt bitte zu Ende führen -, dann muß man entweder mehr Schulden machen, oder man muß Kürzungen in diesem Umfang an einer anderen Stelle vornehmen. Dazu warte ich immer noch auf ein klares Wort von Ihnen.

(Zustimmung des Abg. Aigner (SPD) - Zurufe von CDU und F.D.P. - Paus (CDU): So einfach ist das!)

Beim GFG spitzen Sie den Mund, flöten auch, nur wenn es dann um die Einzelpläne geht, hört man es ganz anders. Da ist dann zwar auch davon die Rede, es würden zu viele Kredite aufgenommen, aber es wird nicht gesagt, es müsse mehr gekürzt werden, sondern es geht umgekehrt. Da vergißt man dann, was man bei den Kommunal финанzen gesagt hat. Und wenn es schließlich um den Gesamthaushalt geht, wird vorgetragen, die Gemeinden hätten zu wenig bekommen, die Einzelpläne hätten zu wenig erhalten und es seien zu viele Schulden gemacht worden. Das alles paßt nicht zusammen! Das nimmt Ihnen auch langsam niemand mehr ab, meine Damen und Herren.

(Zustimmung bei der SPD - Zurufe von CDU und F.D.P.)

Frau Vizepräsident Friebe: Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Stump?

(Zurufe von der SPD: Nein!)

Dr. Schnoor, Innenminister: Nein, im Augenblick möchte ich nicht.

(Schauerte (CDU): Er ist jetzt so beim Schimpfen, daß er nicht zuhören kann.)

Ich hätte den Gemeinden gern mehr Geld gegeben, meine Damen und Herren -

(Oh-Rufe bei der CDU)

und das gilt für jeden einzelnen in diesem Hause -, wenn es objektiv möglich wäre.

(Dr. Lichtenberg (CDU): Machen Sie bessere Politik!)

(Minister Dr. Schnoor)

- (A) - Ich komme auf die Politik gleich noch zurück. - Ich verstehe deshalb auch jeden Kommunalpolitiker, der im Rat seiner Stadt oder im Kreistag einem Beschluß zustimmt, daß die Finanzzuweisungen des Landes zu gering seien und daß es höhere Finanzzuweisungen geben müsse. Das ist doch ganz verständlich. Nur, meine Damen und Herren: auch Sie - nicht nur wir, jeder einzelne von uns - sind auch Landespolitiker und tragen auch Verantwortung für den Landeshaushalt, und Sie können sich nicht nur die Kappe des Kommunalpolitikers aufsetzen, Sie müssen auch die Verantwortung für die Landespolitik tragen. Sie hier!

(Zustimmung bei der SPD - Zurufe von der CDU: Die tragen Sie! - Schauerte (CDU): Das ist Ihr Landeshaushalt, und das sind Ihre Zahlen! Die Verantwortung tragen Sie! - Weitere Zurufe der Abgeordneten Dautzenberg, Dr. Lichtenberg, Paus und Stump (CDU))

- Ich habe keine Möglichkeit gesehen, den Gemeinden diese Kürzungen bei dem Zuwachs zu ersparen,

(Zuruf des Abg. Schauerte (CDU))

wegen der Zunahme der Belastungen durch die Kohle - allein wegen der Kokskohlenbeihilfe zahlen wir im nächsten Jahr über eine Milliarde DM - und weil wir doch gemeinsam der Auffassung sind - das ist der zweite Grund -, daß wir die Nettokreditaufnahme zurückführen müssen. Oder, Herr Rohde, Herr Riemer von der F.D.P., sind Sie nicht der Meinung, daß man die Nettokreditaufnahme zurückführen muß?

(B)

(Dr. Riemer (F.D.P.): Doch!
- Dr. Rohde (F.D.P.): Ja!)

- Das ist richtig! Aber dann bitte seien Sie doch konsequent beim GFG und machen Sie nicht solche Sprüche, als könne man die 435 Millionen DM bei den Gemeinden belassen.

(Zustimmung bei der SPD - Zurufe von CDU und F.D.P. - Dr. Rohde (F.D.P.): Unseriös!)

- Das Wort "unseriös" höre ich gerade besonders gern von Ihnen, Herr Rohde; das höre ich besonders gern von der F.D.P., die ja bis 1980 als Regierungspartei die Einbringung des Haushalts mit zu verantworten

hatte und auch hier im Landtag den Haushalten zugestimmt hat.

(C)

(Zuruf des Abg. Dr. Rohde (F.D.P.)
- Schauerte (CDU): Danach wurde es erst richtig schlimm! Als die Genossen allein waren, da ging es bergab!
- Weitere erregte Zurufe von CDU und F.D.P. - Gegenrufe von der SPD - Unruhe)

- Da ging es besser, Herr Kollege Schauerte. Es ging besser, als wir die absolute Mehrheit hatten und uns endlich an die Konsolidierung des Landeshaushalts heranmachen konnten, und zwar gegen Ihren Widerstand hier!

(Zustimmung bei der SPD - Lachen bei CDU und F.D.P. - Aigner (SPD): Bravo! Sehr gut! - Dr. Lichtenberg (CDU): Seit 1980 mehr Schulden als in den ganzen Jahren davor! - Weitere erregte Zurufe von allen Fraktionen - Große Unruhe - Glocke der Präsidentin)

Frau Vizepräsident Friebe: Meine Damen und Herren, wenn Sie dem Minister zuhören, bekommen Sie seine Argumente viel besser mit. Bitte, halten Sie etwas mehr Ruhe.

Dr. Schnoor, Innenminister: Nordrhein-Westfalen hat sich in seiner Haushaltsentwicklung in langfristiger Betrachtung im Durchschnitt der Entwicklung der Flächenländer

(D)

(Schauerte (CDU): Verschlechtert!)

bewegt.

(Schauerte (CDU): Das ist falsch!)

- Nein, nein! - Allerdings haben wir in den Jahren von 1970 bis 1980 beim Haushaltszuwachs im Jahresdurchschnitt über den Flächenländern gelegen. Nordrhein-Westfalen lag bei 10,7 vom Hundert, die Flächenländer lagen bei 10,4 vom Hundert. Also lagen wir darüber. Das haben wir, Herr Kollege Riemer, damals gemeinsam verantwortet.

(Zuruf des Abg. Schauerte (CDU))

In den Jahren 1980 bis 1984 lagen wir deutlich unter dem Ausgabenzuwachs der übrigen Flächenländer. Dies haben wir Sozialdemokraten hier allein verantwortet.

(Schauerte (CDU): Über dem Zuwachs der Verschuldung!)

Der Ausgabenzuwachs, der damals vor 1980 über dem Durchschnitt der Flächenländer lag,

(Minister Dr. Schnoor)

- (A) war gemeinsam gewollt. Dabei haben die Hochschulpolitik, Herr Kollege Riemer, die Kohle eine Rolle gespielt, aber gewiß auch die Finanzausweisungen an die Gemeinden, auf die wir alle stolz waren.

Hätten wir damals bereits gekürzt, Herr Kollege Riemer, stünden wir jetzt günstiger da, brauchten wir nicht so stark einzuschneiden. Hätten wir den Wohnungsbau nicht so weit gefahren wie damals, hätten wir im Städtebau nicht so viel getan, damals nicht so viel Geld ausgegeben, hätten wir auch in den Jahren nach 1980 anders dagestanden. Verabschieden Sie sich doch nicht von der gemeinsamen Verantwortung. Wir stehen zu der gemeinsamen Verantwortung, auch wenn Ihnen das nicht paßt, meine Damen und Herren.

(Dr. Rohde (F.D.P.): Wenn das Wörtchen "wenn" nicht wär! - Schauerte (CDU): Bundessieger im Schuldenmachen!)

- Hören Sie vor allen Dingen mit der Beschimpfung des Landes in diesem Zusammenhang auf.

(Dr. Linssen (CDU): Nein! Nein! Das lassen wir uns nicht mehr gefallen! Das ist ja wie bei Ludwig XIV! - Zahlreiche weitere Zurufe)

Frau Vizepräsident Friebe: Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abg. Doppmeier?

(B)

(Dr. Schnoor, Innenminister: Herr Kollege Stump, es tut mir jetzt leid. Ich wollte vorhin fortfahren.)

Frau Vizepräsident Friebe: Das ist Ihre Entscheidung. - Also nur eine Frage?

(Dr. Schnoor, Innenminister: Bitte schön.)

- Herr Doppmeier, bitte schön!

Doppmeier (CDU): Herr Minister, Sie haben eben mit Blick auf die Kollegen der F.D.P.-Fraktion darauf hingewiesen, daß Sie eben aufgrund der Koalition zwischen SPD und F.D.P., die bis 1980 bestand, gezwungen gewesen seien, beispielsweise im Wohnungsbau so viel auszugeben. Sind Sie bereit, zur Kenntnis zu nehmen, daß Sie die Mittel in der Wohnungsbauförderung bis einschließlich 1985 Jahr für Jahr erhöht haben - schließlich hatten wir 1985 auch Landtagswahlen - und daß beginnend mit 1986 die Mittel drastisch gekürzt worden sind, die Erhöhung der Mittel also zu einer Zeit erfolgte, als Sie die absolute Mehrheit hier in diesem Haus hatten?

(Beifall bei der F.D.P.)

Dr. Schnoor, Innenminister: Herr Doppmeier, Sie haben nicht ganz zugehört. Ich habe darauf hingewiesen, daß wir in den Jahren 1970 bis 1980, als wir gemeinsam mit der F.D.P. die Regierung gestellt haben und die CDU in der Opposition war, hinsichtlich des Ausgabenzuwachses über dem Durchschnitt der Flächenländer lagen. Dafür hat es Gründe gegeben. Ich habe an diese Verantwortung erinnern wollen. Verabschieden Sie sich nun nicht ständig von Ihrer eigenen Vergangenheit, meine Damen und Herren. Es ist schon traurig genug, wenn Sie das ständig in Fragen der Liberalität tun.

(Beifall bei der SPD - Schauerte (CDU): Sie haben keine Zukunft!)

Es geht hier, meine Damen und Herren, um den Landeshaushalt, nicht um eine Zusammenfassung von Kommunalhaushalten. Und nun ist es in dem Kräftespiel einmal so: Derjenige, der politisch führt und der die politische Verantwortung in erster Linie trägt,

(Dr. Rohde (F.D.P.): Macht die Schulden!)

muß auch unpopuläre Entscheidungen tragen. Der andere, Herr Rohde, kann sich wie der kleine Hävelmann benehmen, der dauernd "mehr, mehr!" schreit, der immer nur kritisiert, der aber nicht in der Lage ist, ein klares Konzept auf den Tisch zu legen.

(Beifall bei der SPD)

Frau Vizepräsident Friebe: Herr Minister, gestatten Sie jetzt eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Stump?

(Dr. Schnoor, Innenminister: Ja, gerne.)

Bitte schön, Herr Abgeordneter!

Stump (CDU): Herr Innenminister, ich habe es schwer, zu meiner Frage zu kommen. - Aber die Ausgangslage war, daß Sie uns mangelnde Sachkompetenz unterstellt haben.

(Demonstrativer Beifall bei der SPD)

Darf ich Sie einmal so fragen: Liegt das möglicherweise daran, daß Sie bei den zwölf Ausschußsitzungen nur dreimal anwesend waren und nicht in ausreichender Weise auch die CDU-Fraktion informiert haben?

(Beifall bei der CDU)

Dr. Schnoor, Innenminister: Herr Kollege Stump, ich habe Ihnen nicht mangelnde Sachkompetenz unterstellt, ich habe Ihnen

(C)

(D)

(Minister Dr. Schnoor)

- (A) gesagt: Entweder fehlt es an der Sachkompetenz oder an der Seriosität. Sie können es sich aussuchen.

(Zuruf von der SPD: Es stimmt beides!)

Sie tragen in Ihrem Antrag vor, die Landesregierung habe den Gemeinden immer mehr Sparopfer auferlegt und der vom Ministerpräsidenten in der Regierungserklärung von 1980 angekündigte Gleichklang in der Finanzentwicklung zwischen den Finanzen des Landes und den Finanzen der Gemeinden sei nicht eingehalten. Nun hat Herr Kollege Wilmbusse schon auf die Regierungserklärung von 1985 verwiesen.

(Zuruf des Abg. Wagner (CDU))

- Herr Wagner, beruhigen Sie sich doch.

Ich nehme einmal die von 1980. Wenn ich die allgemeinen Finanzausweisungen nehme - und um die geht es ja für die Kommunen - einschließlich der Grunderwerbsteuerbeteiligung - ich lasse diese nicht weg - und das Jahr 1987 mit dem Jahr 1980 vergleiche, sieht das so aus: Im Jahre 1980 sind den Kommunen an allgemeinen Finanzmitteln, Schlüsselzuweisungen, Auftragskostenpauschale, Ausgleichsstock, Investitionspauschale und Grunderwerbsteuerbeteiligung, 7 663 900 000 DM zugeflossen.

(Zuruf von der CDU: Dann nehmen Sie doch 1986!)

(B)

1987 werden den Gemeinden 8 358 500 000 DM zufließen.

(Schauerte (CDU): Dank Bonn und Stoltenberg!)

Das ist ein Zuwachs von 694 600 000 DM - plus 9,1 %.

(Schauerte (CDU): Trotz Ihrer Politik:)

- Nein, ich spreche von Schlüsselzuweisungen, Auftragskostenpauschale, Ausgleichsstock, Investitionspauschale. Das hat nun weiß Gott mit Stoltenberg nichts zu tun.

(Bensmann (CDU): Wer hat denn die Steuereinnahmen geschaffen? Posser doch bestimmt nicht! - Schauerte (CDU): Wo kommt das Geld denn her?)

Die allgemeinen Zuweisungen sind also um 9,1 vom Hundert gestiegen. Die Leistungen des Landes an die Gemeinden haben mit der allgemeinen Entwicklung der Landesausgaben Schritt gehalten.

- (C) Wenn ich jetzt einmal vergleiche, wie sich die Landesausgaben in diesen Jahren entwickelt haben - -

(Tschöeltsch (F.D.P.): Mit den Einnahmen müssen Sie doch vergleichen!)

- Mit den Einnahmen natürlich auch. Aber Sie wollen doch wohl! bei den Einnahmen die Gemeinden nicht auch noch an unserer Kreditaufnahme partizipieren lassen? Oder wollen Sie auch das noch tun?

(Tschöeltsch (F.D.P.): Nein!)

Wenn ich dies also herausrechne und den Schuldendienst abziehe, sieht das so aus: Die Gesamtausgaben des Landes betragen 1980 rd. 48,8 Milliarden DM und 1987 52,956 Milliarden DM. Das ist ein Zuwachs um 8,3 vom Hundert. Ich stelle noch einmal gegenüber: Die Gemeinden haben zwischen 1980 und 1987 einen Zuwachs an allgemeinen Finanzausweisungen von 9,1 % erhalten, und die Landesausgaben - wenn ich den Schuldendienst absetze - haben sich in demselben Zeitraum mit einer Rate von 8,3 % entwickelt. Wollen Sie jetzt immer noch behaupten, daß die allgemeinen Zuweisungen des Landes geringer gestiegen seien als etwa die Ausgaben des Landes? Das können Sie doch nicht behaupten. Sie werden doch durch die Zahlen widerlegt, meine Damen und Herren.

- (D) Ich mache eine zweite Bemerkung dazu. Die Deutsche Bundesbank hat in ihrem Monatsbericht vom November 1986 die Entwicklung der Gemeindefinanzen treffend analysiert. Sie kommt dabei zu dem Ergebnis, daß die Konsolidierung der öffentlichen Finanzen bei den Gemeinden unter allen Haushaltsebenen am weitesten vorangekommen sei - nicht zuletzt, meine Damen und Herren, dank eigener Sparleistungen der Gemeinden; das sollten wir deutlich unterstreichen. Aber wir kommen um diese Aussage doch nicht herum, daß die Konsolidierung der öffentlichen Finanzen bei den Gemeinden am weitesten vorangekommen ist. Dies gilt auch für die Gemeinden des Landes Nordrhein-Westfalen, auch wenn die Situation hier zum Teil ungünstiger ist als in anderen Bundesländern. Es gilt einmal für Steuern und Gebühren hinsichtlich der kommunalen Abgaben; es gilt aber auch hinsichtlich der Verschuldung der Gemeinden.

Wenn die Konsolidierung der Kommunalhaushalte in letzter Zeit zunehmend beeinträchtigt worden ist, dann liegt das weniger an der Einnahmentwicklung. Ich habe darauf hingewiesen, daß die allgemeinen Finanzausweisungen des Landes mit den Ausgaben des

(Minister Dr. Schnoor)

- (A) Landes Schritt gehalten haben - sie lagen sogar noch über den Ausgaben des Landes -, so daß die von Ihnen ausgesprochene Verdächtigung, das Land habe sich zu Lasten der Kommunen saniert, nicht zutrifft.

Wenn ich dies hinzunehme, läßt sich die Aussage nicht aufrechterhalten, die Schwierigkeiten der Gemeinden seien auf die Einnahmesituation zurückzuführen. Natürlich wäre es leichter für die Gemeinden, wenn sie mehr Einnahmen hätten. Wir sind aber nicht in der Lage, ihnen mehr Einnahmen, mehr Zuweisungen zu geben.

Tatsächlich entstehen die großen Probleme der Gemeinden auf der Ausgabenseite - da kommen Sie nicht darum herum, Herr Stump -, insbesondere durch die großen Belastungen im Sozialhaushalt. Das bestreitet auch kein Kommunalpolitiker von Ihnen. Wenn im Bereich der Sozialausgaben die Hilfe zum Lebensunterhalt im letzten Jahr um über 20 % gestiegen ist, dann macht sich doch hier bemerkbar, daß die Kommunalhaushalte von der Bundesanstalt für Arbeit als Reservekasse benutzt werden.

(Zustimmung bei der SPD)

Das können Sie nicht bestreiten. Da liegen die Hauptprobleme. Ich leugne nicht, daß es für die Gemeinden besser wäre, wenn das Land ihnen mehr allgemeine Finanzzuweisungen zufließen lassen könnte - das ist gar nicht bestritten -, wenn wir ihnen also die 435 Millionen DM, die wir ihnen haben nehmen müssen, weiterhin geben könnten. Nur, Sie können nicht darüber hinwegdiskutieren, daß die Schwierigkeiten der Kommunalhaushalte in erster Linie in den Sozialtats liegen.

(B)

Dazu noch eine Zahl: Die Ergebnisse der letzten Kassenstatistik, und zwar vom dritten Quartal des Jahres 1986, liegen vor. Danach haben die Steuermehreinnahmen, die die Gemeinden gehabt haben, nicht einmal ausgereicht, um die Mehrausgaben im Bereich der Sozialhilfe zu decken. Das ist das Problem für die Gemeinden, und da helfen Sie uns bitte, meine Damen und Herren,

(Zustimmung bei der SPD)

das Unrecht wieder zu beseitigen, daß der Bund die Kommunalhaushalte als Reservekasse benutzt!

Ich erinnere mich gerne daran, daß nach einem Bericht aus dem Jahre 1984 Herr Kollege Worms auf einem Parteitag der CDU Westfalen zu diesem Problem gesprochen hat - in Gegenwart des Bundesarbeitsmini-

sters - und bei dieser Gelegenheit gesagt hat, das Arbeitsförderungsgesetz müsse wieder geändert werden, damit die Belastungen der Kommunen durch die Dauerarbeitslosigkeit aufhörten. Leider sind daraus bisher keine Folgerungen gezogen worden.

(C)

Wir möchten als Landesregierung beim GFG 1988 die Frage der Dauerarbeitslosigkeit als Verteilungsmaßstab mit heranziehen. Nur, das ist dann allein ein Verteilungsproblem, während es hier darum geht, daß den Gemeinden mehr Finanzmittel erhalten bleiben und der Bund die Gemeinden nicht als Reservekasse benutzt. Das Land tut dies nicht, wie ich es Ihnen belegt habe, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der SPD)

Frau Vizepräsident Friebe: Für die Fraktion der CDU spricht jetzt Herr Abg. Leifert. Ich erteile ihm das Wort.

Leifert (CDU): Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Nachdem ich den verehrten Herrn Innenminister und den verehrten Kollegen Wilmbusse hier habe reden hören, muß ich sagen: Ich kann Ihren argumentatorischen Veitstanz und Ihren geringen Anlaß zum Jubeln durchaus verstehen;

(Zustimmung bei der CDU)

denn Sie alle, die Sie hier im Land als Abgeordnete, aber auch vor Ort in vielen Fällen als Kommunalpolitiker, als Ratsmitglieder, als Fraktionsvorsitzende, als Bürgermeister und Landräte tätig sind, werden der Basis klar machen müssen, warum Sie vor Ort protestieren und hier im Hause den jährlichen Kürzungen der Leistungen des Landes an die Gemeinden Ihre Stimme geben.

(D)

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren! Herr Innenminister, Sie bezichtigen hier gewählte Abgeordnete entweder der Inkompetenz oder der Unseriosität. Sehr verehrter Herr Innenminister, Sie sollten diese Ausdrücke hier nicht gebrauchen, sondern Sie sollten Ihr Interesse daran setzen, die Interessen der Kommunen, der frei gewählten Ratsmitglieder, die Interessen der Bürgerinnen und Bürger vor Ort im Landeskabinett gegenüber vielen anderen Interessen durchzusetzen. Diese Interessen, Herr Innenminister, sind außerordentlich schutzwürdig.

Sie haben hier nun weiter ausgeführt, daß die allgemeinen Finanzzuweisungen in diesem Zeitraum um 9,1 Prozent gestiegen seien -

(Leifert (CDU))

- (A) ohne die Zweckzuweisungen. Sie haben gesagt, die Landesausgaben seien im gleichen Zeitraum nur um 8,3 Prozent gewachsen - ohne die Zinszahlungen, ohne die Zinsausgaben! - Herr Minister, jede Zahl in dieser Rechnung, wenn Sie einiges auslassen und anderes wieder einbringen, können Sie so manipulieren, daß es am Ende paßt.

Aber fest steht: Im Jahre 1982 betrug die Nettoneuverschuldung des Landes Nordrhein-Westfalen 8,9 Milliarden DM. Im Jahre 1986 - also in diesem Jahr - macht die Nettoneuverschuldung nach Haushaltsplan 6,9 Milliarden DM aus. Tatsache ist auch, daß durch die Kürzung des Verbundsatzes von 28,5 Prozent auf 23,0 Prozent genau im Jahre 1986 den Gemeinden zwei Milliarden DM - ungefähr zwei Milliarden - entzogen wurden. Es ist offensichtlich: Die Absenkung der Nettoneuverschuldung von 8,9 Milliarden auf 6,9 Milliarden DM im laufenden Jahr wurde einzig und allein durch die Konsolidierungsleistung der Gemeinden - ihrer Räte -, der Kreise, der Landschaftsverbände in unserem Lande erbracht.

Herr Kollege Wilbusse, Sie behaupten, die Opposition setze sich mit den Problemen des Landeshaushalts nicht auseinander. Wir setzen uns als Kommunalpolitiker und als Abgeordnete mit diesen Problemen außerordentlich ernsthaft auseinander! Aber wir müssen auch feststellen, daß diese Probleme des Landeshaushalts von Ihrer Mehrheit, von dieser Landesregierung, vom augenblicklichen Ministerpräsidenten seit 1978 kontinuierlich und systematisch geschaffen worden sind.

(B)

(Zustimmung bei der CDU)

Sie sind geschaffen worden durch eine verfehlte, über Jahre andauernde Ausgabenpolitik, aber sie sind auch geschaffen worden durch die Vernachlässigung der Stärkung der Wirtschaftskraft dieses Landes,

(Zurufe von der SPD: Ach, ach! und Unruhe bei der SPD)

sie sind geschaffen worden durch teilweise Technikfeindlichkeit und Zerstörung der Wirtschaftskraft. Damit haben Sie am Ende dieses Land, das einmal das finanzkräftigste in der Bundesrepublik war, zu einem der ärmeren Länder in unserer Republik gemacht. Und das sind die Probleme, mit denen wir uns hier und heute beschäftigen müssen.

(Beifall bei der CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Was erwarten die Gemeinden von uns? - Sie erwarten

- ten - erstens - Stetigkeit, sie erwarten - zweitens - Verlässlichkeit, und sie erwarten - drittens - auf Dauer gleichbleibende Verteilungskriterien im Steuerverbund zwischen den Mitteln, die dem Land zustehen, und den Mitteln, die den Gemeinden zustehen. Bei steigenden Steuereinnahmen haben die Kommunen ein Anrecht darauf, an diesen steigenden Einnahmen beteiligt zu werden, genauso wie sie bei sinkenden Steuereinnahmen hinnehmen müssen, daß auch die Einnahmen der Gemeinden sinken.

(C)

Meine Damen und Herren, ich könnte noch viele einzelne Dinge erwähnen. Auf die Volkszählung etwa will ich gar nicht mehr näher eingehen. Das, was Sie hier eingebracht haben - 4,50 DM weiterzugeben -, ist sicherlich richtig, und wir begrüßen das. Aber es kann doch nur ein Trostpflasterchen sein, und Sie beteiligen sich nicht mit einem eigenen, an die Gemeinden weiterzugebenden Beitrag an den Kosten der Volkszählung, obwohl alle Ebenen - Bund, Länder und Gemeinden - die Vorteile aus der Volkszählung haben sollten.

(Minister Dr. Schnoor: Manche Länder geben nicht einmal weiter!)

- Sehr verehrter Herr Innenminister, wenn Sie die Weitergabe dieser verhältnismäßig geringen Beträge

(Minister Dr. Schnoor: Das sagen Sie!)

- an die Städte und Gemeinden unseres Landes betrachten und sie mit der Weitergabe in anderen Bundesländern vergleichen, dann dürfen Sie diese Betrachtung nicht anstellen, ohne den Hintergrund der ständigen Kürzungen im Gemeindefinanzverbund in diesem Lande mit einzubeziehen.

(D)

(Zustimmung bei der CDU und Abgeordneten der F.D.P.)

Sie können nicht auf der einen Seite Milliardenbeträge entziehen und auf der anderen Seite die Kleckerbeträge den Gemeinden als Honig verkaufen und dann noch zwischen Groß und Klein unqualifiziert differenzieren, nur weil Sie meinen, in Düsseldorf gäbe es eine Kiefernstraße, und in den Großstädten wäre die Volkszählung schwieriger; dafür wollen Sie diesen mit 5,18 DM den sogenannten "Chaoten-Bonus" zugute kommen lassen.

(Beifall bei der CDU - Minister Dr. Schnoor: Das sieht der Städtetag aber anders, Herr Kollege!)

(Leifert (CDU))

- (A) - Ich bin nicht der Vertreter der Städtetages, sondern frei gewählter Abgeordneter in diesem Hause und sage meine Meinung!

(Zustimmung bei der CDU)

Meine Damen und Herren! Das, was seit Jahren mit der Finanzkraft des Landes und damit mit der Finanzkraft der Gemeinden getrieben wird, das schlägt bis in jede Gemeinde durch, das schlägt durch auch bis in die finanziell bestgeführte Gemeinde, das schlägt durch auf Investitionen im Baubereich, im Abwasserbereich, bei den Schulen, das schlägt durch bei den freiwilligen Leistungen für die Kindergärten, das schlägt durch bei der Förderung der sozial Schwachen, der Jugendlichen, der Familien-erholung und der Altenhilfe, das schlägt durch auf die freiwilligen Leistungen an die Sportvereine. Sie haben sich im Landeshaushalt bemüht, hier zusätzliche Milliönchen zur Förderung von Investitionen im Sportbereich locker zu machen.

(Frau Friebe (SPD): 16 Millionen!)

Auf der anderen Seite zwingen Sie zig Gemeinden, freiwillige Leistungen an die Sportvereine zu kürzen. Dies ist ein Teufelskreis, aus dem Sie nicht herauskommen, weil Sie die Sicherung der finanziellen Grundlagen dieses Landes nicht beachtet haben.

- (B) Meine Damen und Herren von der SPD, Sie sind nicht bereit, aber vor allen Dingen politisch nicht in der Lage, politische Einsparungen in anderen Fachbereichen vorzunehmen; dabei geht es nicht um 10-Millionen-Beträge. Statt dessen versuchen Sie, meine verehrten Damen und Herren der Regierung und der Mehrheitsfraktion, sich mit ständigen Schuldzuweisungen an den Bund zu exkulpieren. Das tun Sie trotz der Gewerbesteuer- und Steuererhöhungsgarantie des Bundeskanzlers und dessen Aussage, bei eventuellem Wegfall der Gewerbesteuer in anderen Legislaturperioden einen tragfähigen, vollen Ersatz mit eigener Hebesatzkraft der Gemeinden zu erhalten. Und auf das Wort des Bundeskanzlers ist Verlaß!

(Beifall bei der CDU)

Er hat die Richtlinienkompetenz, und der Ministerpräsident dieses Landes hätte sie besser auch!

(Erneuter Beifall bei der CDU - Zurufe von der SPD)

Sie weisen auf den Bund hin und lasten ihm Verschulden an - trotz Wirtschaftswachstum,

trotz steigender Wirtschaftskraft im Bund, trotz steigender Steuereinnahmen, trotz niedrigster Zinsen, trotz einer Inflationsrate gleich Null, trotz Erhöhung des Anteils an der Umsatzsteuer bei den Ländern und trotz Kindergeld-Milliarde! Meine sehr verehrten Damen und Herren von der Mehrheitsfraktion, Sie, aber vor allen Dingen der Herr Ministerpräsident, hätten aufgrund dieser Tatsachen Anlaß genug, eine Dankwallfahrt nach Bonn zu veranstalten - zum Bundeskanzleramt!

(Lachen und Zurufe von der SPD - Heiterkeit bei der CDU - Unruhe)

Meine Damen und Herren, Sie wählen aber den einfachsten Weg. Nach dem Motto "Den letzten beißen die Hunde" überwälzen Sie Ihre Belastungen und Ihren fehlenden Willen zu sparen auf die Gemeinden. Sie sollten sich endlich aufrufen, eigene Beiträge zum Sparkonzept und eigene Beiträge zur Stärkung der Finanzkraft dieses Landes zu leisten.

Meine verehrten Herren von der Regierungsbank und Herr Ministerpräsident, geben Sie endlich zu, daß Sie in acht Jahren die finanzielle Leistungsfähigkeit des Landes Nordrhein-Westfalen systematisch zerstört haben. Geben Sie zu, daß Sie eine Konsolidierung ausschließlich auf dem Rücken der Gemeinden und Gemeindeverbände betreiben. Geben Sie zu, daß Ihr Versagen zu Steuererhöhungen vor Ort, zur Verschlechterung der Lebensqualität vor Ort geführt hat. Dieses Stück Einsicht und Ehrlichkeit wäre notwendig, muß im Interesse der Bürger dieses Landes verlangt werden. Dieses Stück Einsicht wäre aber auch wirksamer, als daß - ich bin hier sehr vorsichtig -, wenn man Pressemitteilungen glauben soll, im Januar nächsten Jahres ein schwarzrotgoldener Heißluftballon mit dem Namen Johannes zu Werbezwecken steigen soll.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der F.D.P.)

Vizepräsident Dr. Riemer: Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, ist die Beratung zu diesem Thema geschlossen.

Ich rufe nun den Beratungsblock 2 auf:

Stellenpläne

Ich eröffne die Beratung.

Das Wort hat Herr Abg. Dautzenberg von der Fraktion der CDU.